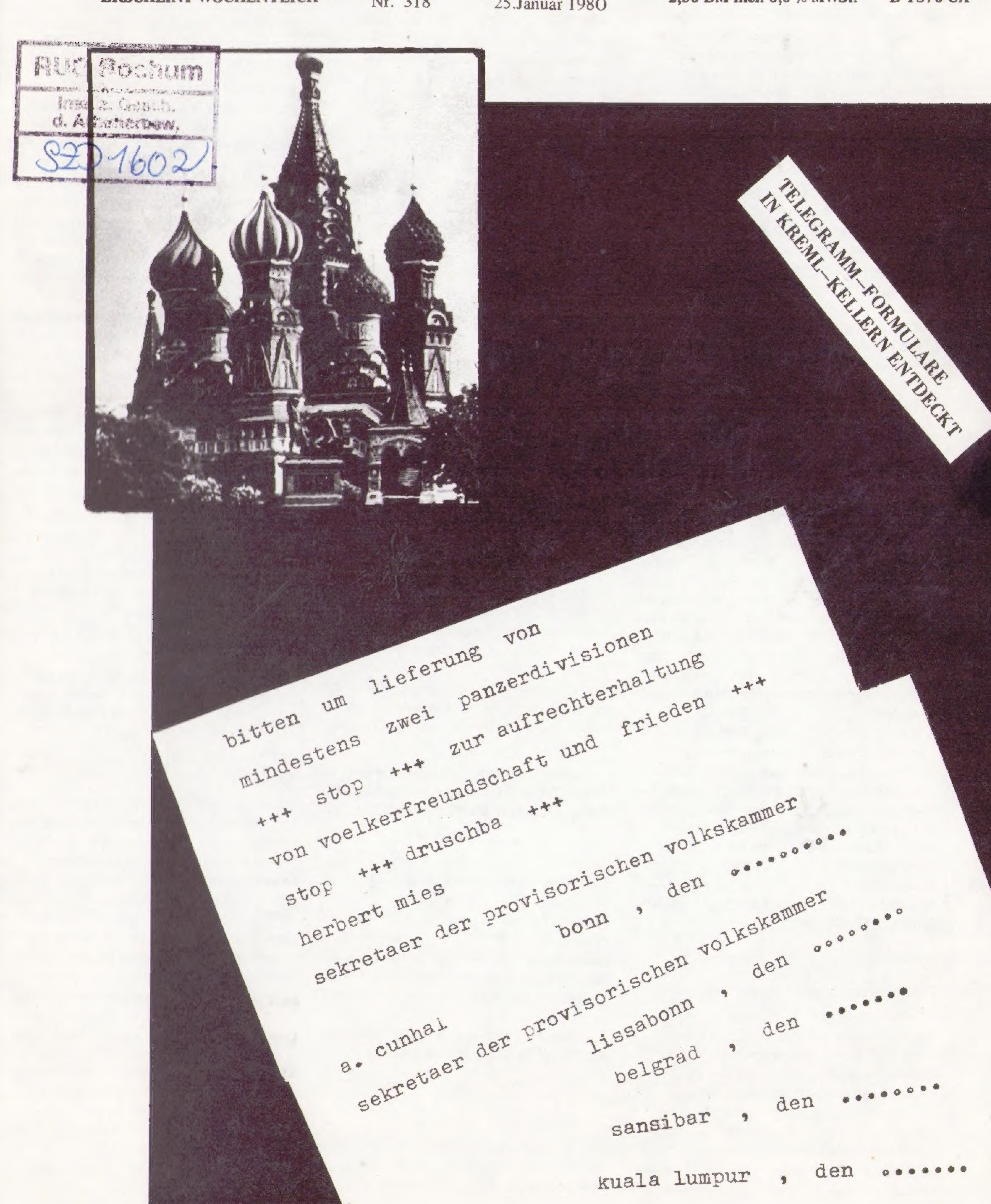
Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 318 25.Januar 1980 2,50 DM incl. 6,5 % MWSt. D 1870 CX



RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 1602

An Kalendermacher und -benutzer

In mehreren Kalendern (Roter Kalender, Männerkalender) bin ich dieses Jahr als Kontaktadresse für die Knastgruppe Hannover aufgeführt. Leider gibt es diese Gruppe seit längerem nicht mehr. Nicht einmal die Adresse stimmt noch. Mir fällt dazu ein, daß alle Kalendermacher die Adressen vor einer Veröffentlichung durch eine Rückfrage nachprüfen sollten. Dann würden Korrekturen wie diese überflüssig.

Volker Ritter, Hannover

Eine Zeitung in Hennef

Nun gibt es auch in Hennef eine Bürgerzeitung, Luur'ens, Zeitung für Hennef. Sie möchte gerne Kontakt zu anderen, ähnlichen oder gleichen Projekten knüpfen.Wenn möglich auch Austausch-Abos mit anderen Blättern haben.
Wer Luur'ens regelmäßig kriegen möchte, braucht also nur seine Zeitung in einen Umschlag stecken, und das, sooft sie erscheint.
Kontakt:
"Luur'ens", Postfach 1 461, 5202 Hennef-Sieg

Prozeß gegen Rolf Löchel auf unbestimmte Zeit verschoben

Viele Zeitungen brachten Prozeßankündigungen: Pflasterstrand, Marburger Zeitung ...und auch der ID(Nr.316): Ab 16.1. sollte Rolf Löchel vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Frankfurt wegen des Zensurparagraphen 88a vermutlich bis zum Sommer vor Gericht stehen. Ihm wird die Herausgabe einer Dokumentation zu den Todesumständen von Ulrike Meinhof vorgeworfen.
Kurz vor dem 1.Prozeßtag flatterte Rolf Löchel die amtliche Mitteilung zu, daß der Prozeß verschoben sei — ohne Angabe von Gründen. Ist das nun Ausdruck der momentanen staatlichen Softy-Welle oder ist es das Eingeständnis, daß das Aufrollen der Todesumstände Ulrike Meinhofs gefürchtet wird?
Kontakt:
Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1 668, 3 550 Marburg

Prozeß gegen Verlag Frauenpolitik

Vor dem Amtsgericht Münster beginnt am 19.Februar ein Prozeß gegen Claudia Eitrich, Anne Mussenbrock und Monika Walther. Alle drei Frauen gehören zum Verlag Frauenpolitik,Münster. Sie sind angeklagt, den Staat verunglimpft zu haben(§ 90 a). Die Frauen hatten im Herbst 78 in ihrem Verlag die Protokolle — Informationen für Frauen — Nr.22/23 herausgebracht. Diese Protokolle-Nr. enthielt eine Erklärung der FANTASIA-Druckerei (Stuttgart) zur Hausdurchsuchung und anschließenden Verhaftung von zwei Druckerinnen. Die Frauen bitten um Spenden und Unterstützung für den Prozeß: Konto A.Müller, Stadtsparkasse Münster, Nr.195—787429, BLZ 400 501 50 . Außerdem bitten die Frauen weiterhin um Darlehen, Büchergutscheine, Bürgschaften und bedanken sich für die Hilfe, die sie bisher bekommen haben.
Kontakt:
Verlag Frauenpolitik, Hafenweg 2-4, 4 400 Münster, Tel. 0251/ 60363

VERWEISE WEGEN „STOPPT-STRAUSS"-ANSTECKER

München, 23.1.80

Eine Schülerin und ein Schüler wurden wegen Tragen eines „Stoppt-Strauß"-Ansteckers in der Schule, von der jeweiligen Schulleitung, mit einem verschärften Verweis belegt.

(Klenze-Gymnasium und staatliche Fachoberschule München).

Das Vorgehen der beiden Schulleitungen wurde vom Bayrischen Kultusministerium vollständig gebilligt. Der Schulleiter des Klenze-Gymnasiums begründete das Plakettenverbot wie folgt: „Die Allgemeine Schulordnung lasse eine politische Willensbildung in der Schule nicht zu."

Trotz alledem meinen die beiden Schüler: „Wir werden den Anstecker weiterhin tragen. Programm und Vergangenheit des Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß beweisen hinlänglich, daß die Durchführung seiner Vorstellungen eine radikale Einschränkung der demokratischen Rechte zur Folge haben würde."

Kontaktadresse: Dagmar Henn und Franz Bissinger, c/o Henn, Gozbertstr.3, 8000 München 90, Tel.: 089/692-1731.

Norbert Knoche: Prozeß verlegt

Der Prozeß gegen Norbert Knoche (siehe ID 317, „Die Beamtin hieß Uschi. . . ") ist verlegt worden. Er soll jetzt entweder Ende Januar oder Anfang Februar vor dem Amtsgericht Niebüll stattfinden.

Kontakt: Norbert Knoche, Südergraben 24. JVA, 2390 Flensburg.

Ausstellung der Schülerpresse

Die Ausstellung der Jungen Presse Berlin (JPB) - „Die Schülerzeitungsstory oder wie wird ein Baby geboren? " - unter dem Motto: „Die Schülerzeitungsgeneration geht ihren Weg!" ist fertig. In Fotos, lockeren Sprüchen und Informationen wird eine Schülerzeitungsstory erzählt, wie ein „Baby" bzw. eine Schülerzeitung (SZ) entstehen kann.

Wie ist die Junge Presse Berlin auf so'ne Idee gekommen? Die „Macher" dazu:

In der JPB, die kurz gefaßt als Anlaufzentrale für jugendeigene Zeitungen angesehen werden kann, haben wir erfahren müssen, daß in dem Zeitraum von zirka anderthalb Jahren, in dem wir uns Schülerzeitungs-Redakteure(innen) gegenseitig unterstützten & durch und mit der JPB sonstwie aktiv waren, viele Zeitungen eingegangen sind. Vor allem auch deshalb, da kein Nachwuchs unter der Schülerschaft da war, nachdem die Anleierer, die Hauptmotoren ihre Schulausbildung abgeschlossen hatten. Daher wollen wir mit dieser Ausstellung besonders auch die ansprechen, die sich noch nicht so vorstellen können, wie eine Schülerzeitung wie ein Baby gehegt und gepflegt bzw. hergestellt werden kann. Wir hoffen, diese damit ein wenig anzuregen, einfach mal anzufangen, sich zusammenzusetzen, um eine Zeitung zu machen oder wiederzubeleben bzw. bei einer Redaktionssitzung vorbeizuschauen.

Interessierte Jugendliche sollten aber keine perfekt gemachten Informationstafeln in allen vier Farben wie in den staatlichen Museen erwarten. Das Ganze ist mit viel Wohlwollen der einzelnen Redakteure(innen) gemacht.

Mehrere Leute beschrieben die DIN-A-3 Seiten in eigener Regie, sie haben dabei ihre Erfahrungen eingebracht, die sie in ihrer eigenen Redaktion gesammelt haben. Daher die lebendigen Dialoge und dadurch eher ansprechend.

Wie kann die Ausstellung nun erhalten werden?

Dabei ist wichtig: die Ausstellung wurde (und wird) in relativ hoher Auflage photokopiert. Wir möchten sie möglichst vielen West-Berliner (und sonstigen) Oberschulen anbieten, sowie auch in Jugendfreizeitheimen wie derzeit, wahrscheinlich mehrere Monate lang, im Schüler- und Jugendzentrum der Naturfreundejugend zeigen. Wir haben inwzischen beschlossen, sie auf Wunsch auch westdeutschen Schülerzeitungen zur Verfügung zu stellen. So, wer nun von denen einen DM 10,— Schein rüberschickt (für die reinen Photokopier- und Portounkosten) sowie ne Ausgabe der jeweiligen jugendeigenen Zeitung (soweit vorhanden), schreibe bitte an die Junge Presse Berlin c/o Gelber Laden Cranachstr. 7, 1 Berlin 41
oder rufe an unter (030) 7 9261 09, (030) 3 23 42 88

1980: WIEDER EIN JAHR OHNE PRESSEFREIHEIT

Der Fall Brigitte Heinrich

Am Freitag, den 11.1.1980, stürmten ca. dreißig Personen, hauptsächlich Frauen, an dem grünberockten, erst verdutzt dreinschauenden und schließlich lautstark protestierenden Pförtner der Frankfurter Rundschau vorbei.

Unser Ziel: die geweihten Räume der Nachrichtenredaktion, da sich die FR trotz des GO-IN der Sozialistischen Hochschulinitiative zu dem Fall Brigitte Heinrich nach wie vor in Schweigen hüllt.

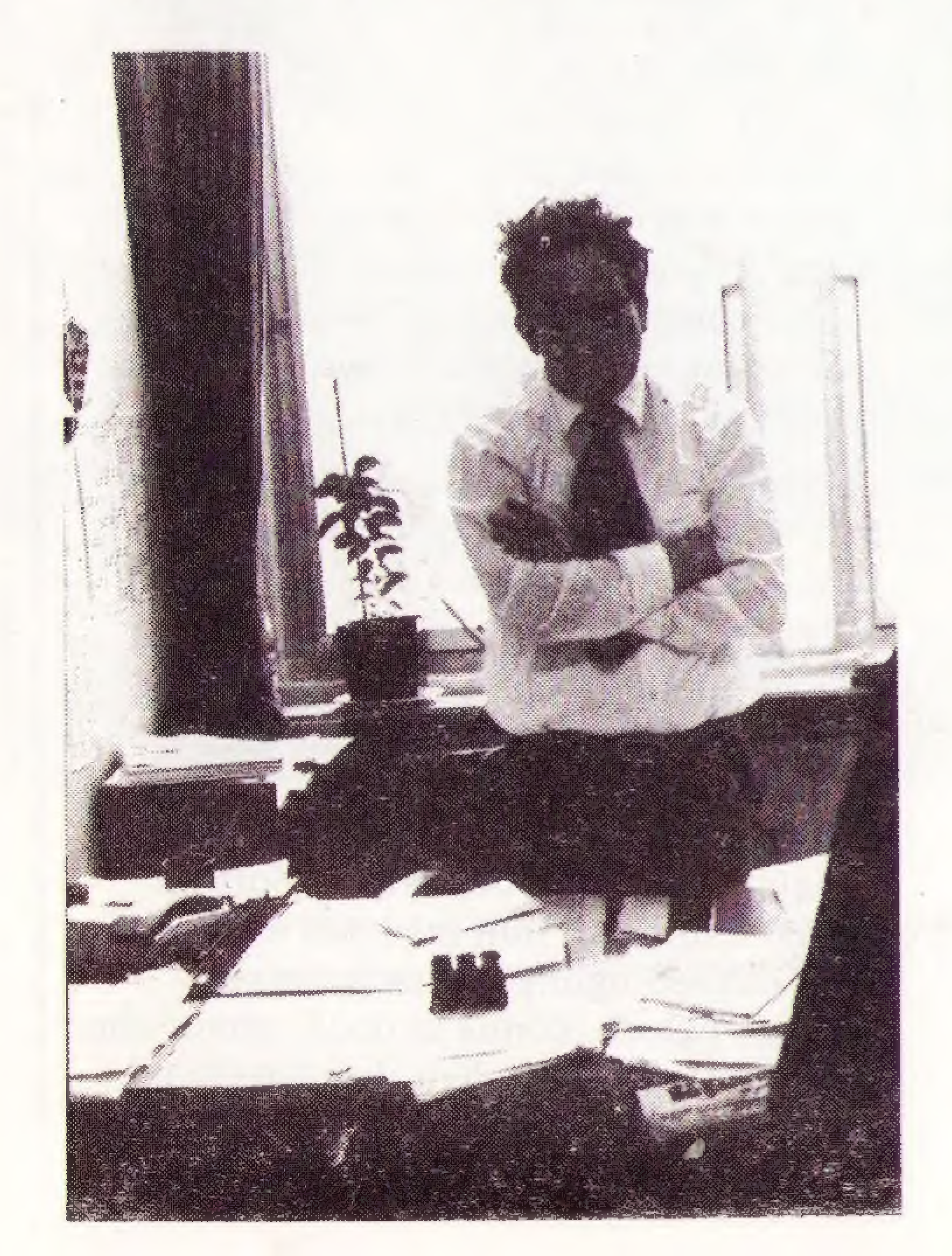
Im Zimmer 219, zweiter Stock, vom Treppenhaus rechts, überreichten wir dem sichtlich um Beherrschung ringenden Nachrichtenredakteur Rathert unsere Auszeichnung für „Nichtberichterstattung", die drei weisen Affen, sowie unser Fugblatt und weitere bisher veröffentlichte Informationsschriften zum Prozeßverlauf.

Mit der Bemerkung: „Ist das alles?" nahm er Überheblichkeit demonstrierend das Informationsmaterial entgegen.





Erst als er bemerkte, daß eine Frau seinen Auftritt auf Zelluloid bannte, verließ ihn sein aufgesetzes Coolsein und er verbat sich jegliches Fotografieren. . . . .



Nachdem er seine Fassung wiedererlangt hatte, nahm er väterlich lächeind die Diskussion auf.



Unsere Frage, was denn aus der Zusage über mehr Berichterstattung gegenüber der SHI geworden sei, überging er und versuchte sich mit formaltechnischen Ausflüchten, wie zu wenig Mitarbeiter, zu geringen Etat, aus der Affaire zu ziehen.

Vielleicht sollte mann/frau zu einer Spendenaktion aufrufen?

Auf unser Anerbieten, selbst Berichte zu den einzelnen Prozeßterminen zu liefern, entgegnete er sichtlich amüsiert, „das es nun so auch wieder nicht gehe." Außerdem wären zur Zeit mehrere Prozesse im Gange , über die die FR ebenfalls berichten müßte.

Unseren Einwand, daß es dann wohl in der Auswahl der einzelnen Artikel eine Gewichtung gäbe, wies er entschieden zurück. Alle Prozesse wären wichtig, doch würden andere, wie z.B. der Majdanek oder auch der Astrid Proll-Prozeß mehr Zündstoff bieten.

Also doch eine Gewichtung!

Oder paßt der Proll-Prozeß besser in den SPD/FDP-Wahlkampf?

Wir verwiesen ihn auf den kommenden Verhandlungstermin am 14.1.80, der unserer Ansicht nach genug Skandalöses bietet, da den geladenen Zeugen Beugehaft droht. Darauf erwiderte er: **„daß den Zeugen schließlich kein freies Geleit zugesichert worden war."**

Damit waren wir bei der Inhaftierung Peter Egloffs angelangt. Er fragte uns nach dem nächsten Haftprüfungstermin Egloffs. Wir antworteten, daß er dies wohl am ehesten erfahren würde, wenn er den Anwalt Peter Egloffs anriefe. Seiner Meinung nach gibt die Inhaftierung Egloffs journalistisch mehr her. Aus diesem Grund ist mit dem Rechtswissenschaftler Grünewald ein Interview zu dem Thema „freies Geleit" geplant.

Nachdem er uns nochmals auf die finanziellen Schwierigkeiten der FR hingewiesen hatte, rang er sich die Zusage ab, den Anwalt Egloffs anzurufen. Im Hinblick auf den geringen Etat spendete eine Frau die nötigen zwanzig Pfennig für das Telefonat und wir verließen sein Büro.

Während der Aktion in der Nachrichtenredaktion und danach wurden vor dem Rundschauhaus Flugblätter verteilt und mit Tesafilm an die Scheiben geklebt.



Daraufhin versuchten zwei aggressiv gewordene Rundschaupförtner das Verteilen unserer Flugblätter zu verhindern. Sie beschimpften uns, griffen einige Frauen tätlich an und drohten uns mit der Polizei.

Doch siehe da, es geschehen noch Zeichen und Wunder am deutschen Pressehimmel. Am 14.1.80 tauchte tatsächlich zum Prozeßtermin ein interessierter freier Mitarbeiter der FR auf (siehe den FR-Artikel auf Seite 4 vom 16.1.80).



Hey,
Sean Ronan Schwarz-Weiss
ich freu mich,
daß de jetzt da bist
Karl

Prozeß gegen Brigitte Heinrich

WIE ES PETER EGLOFF BISHER IN DER BRD ERGING

(siehe ID Nr. 305, 306, 308, 309, 310).

Frankfurt, 22. Januar 1979

Im ID Nr. 309 hatten wir ausführlich über die Aussage des Schweizer Zeugen Peter Egloff im Karlsruher Prozeß gegen Brigitte Heinrich berichtet. Er war der einzige der drei Schweizer Zeugen, der nach der ausdrücklichen Zusage des „freien Geleits" zum Prozeß in die BRD kam, um zu den Vorwürfen gegen Brigitte, sie habe von den drei Schweizern eine Ladung Tretminen übernommen und diese mit ihnen über die grüne Grenze transportiert, als Zeuge auszusagen. Nach seiner für Brigitte Heinrich entlastenden Aussage wurde er noch im Gerichtssaal von Oberstaatsanwalt Ens wegen „vorsätzlicher Falschaussage" „vorläufig" festgenommen (das war am 19. November 79).

Inzwischen ist aus dem „vorläufig" zwei Monate geworden. Alle Initiativen seines Rechtsanwaltes Weidenhammer (Frankfurt) für seine Freilassung sind abgeschmettert worden.

Am 20.11.79 erließ das Amtsgericht in Karlsruhe Haftbefehl gegen ihn.

Am 12.12.79 entschied das Landgericht gegen die Haftbeschwerde seines Anwaltes.

Am 17.12.79 legte dieser erneut Beschwerde gegen diesen Beschluß ein und kündigte dafür eine ausführliche Begründung an. Inzwischen war ein Rechtsgutachten über den Bruch des „freien Geleits" in Auftrag gegeben worden. Aber am 9. Januar 1980 lehnte die 2. Instanz, das Oberlandesgericht in Karlsruhe, die Beschwerde erneut ab, ohne auf die Begründung des Anwalts und die Fertigstellung des Rechtsgutachtens zu warten oder eine Frist mitzuteilen, in der der Anwalt die Unterlagen für die fällige Entscheidung einreichen müsse. Begründung: „Ein weiteres Abwarten der Begründung erscheint angesichts der Eilbedürftigkeit der Haftentscheidung nicht vertretbar."

Obwohl er das immer wieder ausdrücklich verlangte, bekam Rechtsanwalt Weidenhammer bisher keine Möglichkeit der Akteneinsicht und diese Beschlüsse wurden ohne mündliche Verhandlung gefaßt. Egloff hatte bisher keine Möglichkeit, vor dem Haftrichter seine Sache zu vertreten. Mit der letzten Entscheidung ist der Instanzenweg zunächst mal abgeschlossen.



"Advent, die Zeit der Besinnung, geht zu Ende, Herr Ens, Wir wünschen für Peter Egloff frohe Weihnachten in der Schweiz und sonst nirgendwo". Trotz Leibesvisitation gelang es am 21.Dezember Frankfurter Studenten diese Plakate im Karlsruher Gerichtssaal zu präsentieren.

Dieser kurze Prozeß auf dem Instanzenweg hat seine Entsprechung auch in den Haftbedingungen.

Egloffs Schweizer Anwalt darf ihn nur im Beisein von zwei BKA-Beamten sehen und dann mit ihm nicht über seinen Fall sprechen.

Kurz nach seiner Verhaftung erschien Staatsanwalt ENS bei Peter Egloff im Knast und teilte ihm mit, daß er, Ens, für die Haftbedingungen zuständig sei — und er, Egloff, könne ja noch immer eine andere Aussage machen. Entsprechend sahen die von Ens diktierten Haftbedin-

gungen auch aus: Sechs Wochen lang erhielt Peter Egloff ein Wäschepaket seiner Eltern nicht. Er trug immer noch die alten Klamotten am Leib, als er die neuen – erst durch Intervention des Schweizer Konsuls – bekam. Dieser Konsul machte dabei auch seine Erfahrungen mit dem deutschen Knast: Als er bei der Gefängnisleitung anrief, ließ man ihn dort abblitzen: „Hier kann jeder kommen und sagen, er sei der Konsul!" Als er sich nicht abwimmeln ließ, drohte man ihm, Schritte „gegen ihn zu unternehmen, wenn er nicht mit dem Unsinn aufhöre: Wir sind hier eine Behörde!" –

Andere Pakete erreichten Peter Egloff nie oder kamen mit dem Aufdruck „Unbekannt verzogen" zurück. Ens leugnete seine Zuständigkeit und verwies auf den Haftrichter, dieser verwies wieder auf Ens zurück: Ein Rechtsstaat zum Schlechtwerden.

Peter Egloff gehts mittlerweile auch beschissen: er hat Sehstörungen, Zahn- und Kopfschmerzen.

Inzwischen – zwei Monate nach dem Skandal des Bruchs der Zusage ‚freien Geleits' und der Geiselnahme – beginnt sich auch die bürgerliche Presse für die ‚Geschichte' zu interessieren (siehe Frankfurter Rundschau vom 19.1.80).

Am 22.1.80, beim letzten Verhandlungstag im Prozeß gegen Brigitte Heinrich wurde die letzte Zeugin zum Tatvorwurf „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (nämlich einer "Nachfolgeorganisation der RAF" namens "RAF 4. Februar, so genannt nach dem Verhaftungstag einiger RAF-Leute 1975) durch Übergabe von fünf Tretminen gehört. Ilse Stachowiak sagte aus, daß sie Brigitte in Hamburg im Knast zum erstenmal gesehen hat. Das hat auch Christa Eckes für sich bei der Vernehmung im Knast in Lübeck gesagt.

Die Minen seien nicht von Brigitte Heinrich gekommen. Eigentlich wollte das Gericht nach den entlastenden Aussagen der vier ersten Zeugen schon beim vorletzten Prozeßtag auf Ilse Stachowiak als weitere Zeugin verzichten. Es hatte diese Entscheidung jedoch wieder rückgängig gemacht (siehe letzter ID). Deshalb erscheint die Beugehaft gegen Eberhard Becker, dem einzigen Zeugen, der die Aussage verweigerte, nun um so grotesker, nachdem alle sechs anderen Zeugen übereinstimmende Aussagen gemacht haben. Da ist dann nix mehr Wahrheitsfindung, sondern viel Politik, BKA-Politik.

Die nächsten Termine des Prozesses: 31.1./7./11.2. jeweils 9 Uhr Landgericht Karlsruhe/Nähe Schloß.

Karl ma, ID

Kontakt: AStA Ffm, Tel.: 0611/ 77 75 75.



Performance, bestehend aus 8 Kerzen und 3 Plakaten, vor dem Landgericht in Karlsruhe

WER ÜBER TERRORISTEN SCHREIBT, IST SELBSER EINER !? oder WIE AUS DRUCKERN VERBRECHER GEMACHT WERDEN...

Zum Fantasia-Prozeß und seinen 'Besonderheiten'

STUTTGART 18. 12. 79 *Die Fantasiadrucker, denen Druck und Verbreitung von Texten aus dem 'terroristischen Umfeld' zur Last gelegt werden, äußern sich in einem umfangreichen Bericht zu ihrem Prozeß. Die Verteidigung ist für sie durch eine ganze Reihe zweifelhafter Eigenheiten der Prozeßführung sehr schwierig gewesen; deswegen sei ihre Stellungnahme vom Dezember ungekürzt veröffentlicht. (Zwischenüberschriften zum Teil vom ID.)*

DIE KURIER-KONSTRUKTION

Das Ziel von Staatsschutzprozessen ist die Aburteilung von Widerstand/Opposition. In dem Prozeß gegen uns geht es um Plakate, Broschüren, Erklärungen der Gefangenen aus der Roten Armee-Fraktion, die über diesen Prozeß abgeurteilt und ihre Verbreitung illegalisiert werden soll.

So wurden im Laufe des Verfahrens immer neue Schriften eingeführt – insbesondere alle die Erklärungen, die zu den Morden an den Stammheimer Gefangenen am 18. Oktober 1977 und dem Mord an Ingrid Schubert am 12. November 1977 Stellung nahmen, sie aus der damaligen politischen Situation und den Aktionen der RAF heraus entwickelten. Angeklagt sind hier unter anderem die Erklärung von Verena Becker, die von ihr in Stammheim abgegeben wurde, die Erklärung von Knut Folkerts, eine Broschüre zum Russell-Tribunal, Broschüren zu den Haftbedingungen usw.

Dagegen ist die frühere Konstruktion, drei von uns (Doris, Dorit und Birgid) hätten Kuriertätigkeit gemacht für die Illegalen, in den Hintergrund getreten. Eine Konstruktion, aufgehängt an einem angeblich bei der Hausdurchsuchung am 18. Mai 1978 gefundenen Briefumschlag, den die Bundesanwaltschaft (BAW) als "Container" bezeichnete, und der für die sechzehn Monate Knast, die Doris und Dorit saßen, herhalten mußte und für Birgid immer noch als Haftgrund benutzt wird.

Oberstaatsanwalt Lampe, der die Ermittlungen im Prozeß gegen uns führte, sagt mittlerweile zu der Konstruktion, diese sei "nicht beweisrelevant", gebe "ermittlungsmäßig nicht viel her" und sei "als private Mitteilung" zu sehen. Lampe war als Zeuge gegen uns im Prozeß aufgetreten, als er sich in dieser Art zur Kurierkonstruktion äußerte. Von seiner Funktion her als Ankläger in vielen Prozessen gegen die Gefangenen aus der Guerilla unterlaufen ihm solche Äußerungen nicht zufällig. Sie sind

sie sind vielmehr ein zeichen dafür, dass der staatsschutz die zielsetzung des verfahrens auf die illegalisierung der schriften verlagert hatte.
auch wenn lampe damit die kurierkonstruktion weit in den hintergrund geschoben hat, ist es klar, dass sie deswegen nicht zurückgenommen wird. deshalb nicht, weil die bereits abgesessene haft irgendwie legitimiert werden muß und deshalb nicht, weil der staatsschutz sich sicher nicht die möglichkeit aus der hand nehmen lassen will, birgid weiterhin im knast zu behalten.

DER BISHERIGE PROZESSVERLAUF

die beweisaufnahme der staatsanwaltschaft wird am 28.12.79 abgeschlossen. als zeugen waren von einer ausnahme abgesehen, nur bullen und gutachter vom lka, bka und lampe selbst geladen.
die aufgabe dieser zeugen ist es, das wortidentisch auszusagen, was in den ermittlungsakten steht; dass sie sich genau an das stockwerk und den platz erinnern können, wo sie am 18.5.78 plakate und schriften gefunden haben, die jetzt angeklagt sind. dazu kommt noch, dass die zeugenladungen vom gericht aus so beschränkt wurden, dass sie z.t. nur noch auf wenige, inhaltlich total eingegrenzte fragen auszusagen haben. bka/lka bullen werden in jedem politischen prozess vorher ovn einem sogenannten zeugenbetreuer instruiert, was sie zu sagen haben und wozu sie ihr maul halten sollen.

es wäre reichlich langweilig, nochmal alles aufzuzählen, was an schweinereien und manipulationen deutlich geworden ist. es genügt einige beispiele zu berichten, die ansatzweise vermitteln, wie eine aburteilung gemacht wird.
so zieht sich natürlich jeder der bisher aufgetretenen bullenzeugen auf seine aussagebeschränkung zurück, sobald

- er sich in widersprüche verwickelt
- wenn er über den rahmen seiner auswendig gelernten passagen aus den ermittlungsakten befragt wird

alle fragen, nach welchen kriterien plakate und schriften beschlagnahmt wurden, werden abgeschmettert mit der begründung:
„es ginge hier nicht um den inhalt, sondern darum, ob wir das gedruckt haben oder nicht."
dass die bullen dazu nichts sagen, liegt auf der linie, wie das gericht/staatsanwaltschaft den prozess führen müssen;
DIE SCHRIFTEN ZWAR ANKLAGEN MIT DEM ERKLÄRTEN ZIEL, SIE ZU VERBIETEN, ABER ANDRERSEITS SIE INHALTLICH NICHT ZU VERHANDELN/THEMATISIEREN.
ausser der aussagebeschränkung bedient sich das gericht noch anderer methoden, fragen von uns zu unterbinden wie:
- mikrofone abzuschalten
- fragen mit bereits fertigen gerichtsbeschlüssen als unzulässig zu erklären, oft bevor der antrag auf gerichtsbeschluss überhaupt gestellt war
- ausschluß von uns angeklagten, ordnungsstrafen bis zu 2000 dm oder ordnungshaft
- schliesslich die latente drohung gegen unsere rechtsanwälte mit ehrengerichtsverfahren und entpflichtung.

inhaltliche erklärungen zu einer schrift, über deren fundort sich der zeuge gerade vorher das maul fusselig geredet hat, werden in den meisten fällen mit diesen methoden brutal unterbunden. damit ist das auf dem papier stehende erklärungsrecht nach jeder zeugenvernehmung pervertiert und faktisch nicht vorhanden.
was die staatsschützer damit verhindern wollen, ist, dass wir durch diese erklärungen den anwesenden prozessbesuchern vermitteln können, was und aus welchem grund diese veröffentlichungen verboten werden sollen, und welches politische kalkül dahinter steckt.
von den 77 bullen, die als zeugen bei uns vorgesehen waren, hat der groesste teil seinen auftritt hinter sich. noch nicht erschienen sind die kronzeugen speitel/dellwo, die sich jedoch auf freiem fuss befinden und anscheinend für's gericht nicht erreichbar sind. die funktion der kronzeugen in unsrem prozess besteht im grunde nur darin, der pfeiler zu sein, auf dem die kurierkonstruktion basiert.

in dem prozess gegen siegfried haag und in dem gegen die ehemaligen rechtsanwälte des ivk's arndt müller und armin newerla sind mittlerweile neue normen gesetzt worden, wie in staatsschutzprozessen die kronzeugen verwendet werden.
die persönliche anwesenheit des kronzeugen wird ersetzt durch ein beschriebenes blatt papier oder in gestalt von lampe, der bei der produktion der vernehmungsprotokolle massgeblich beteiligt war.
die kronzeugen können also nicht mehr von der verteidigung befragt werden, widersprüche tauchen erst gar nicht auf. der staatsschutz hat sehr wohl erkannt, dass die schweigsamkeit





eines blattes papier notwendig ist, nachdem sich die kronzeugen in natura zu sehr in widersprüche verheddert haben. Auch die möglichkeit, zeugen der verteidigung zu laden ist so gut wie nicht mehr vorhanden. so ist jetzt in den beiden anderen prozessen ein beschluss ergangen, dass gefangene aus der raf grundsätzlich nicht mehr als zeugen geladen werden können, da sie wegen organisationszugehörigkeit zu der raf und ihrer

feindschaft zum staat und zur justiz keine glaubwürdigkeit hätten.
die neuen normen laufen darauf hinaus, dass in staatsschutzprozessen nur noch über staatsschutzmaterial verhandelt wird.
- über die nicht mehr verfügbaren kronzeugen in form von papier oder in gestalt ihrer vernehmungsbeamten
- bullenzeugen und sachverständige des bka
- keine zeugen der verteidigung



§ 88a StGB, § 89 StGB, § 90a StGB
GB, KONTAKTSPERREGESETZ – §
PO, § 138a StPO, BERUFSVERBOT
B, § 130a StGB, § 140 StGB, § 185
PO, § 111 StPO, § 163b, 163c StPO
§ 88a StGB, § 89 StGB, § 90a StGB
B, KONTAKTSPERREGESETZ – §
PO, § 138a StPO, BERUFSVERBOT
B, § 130a StGB, § 140 StGB, § 185
PO, § 111 StPO, § 163b, 163c StPO
§ 88a StGB, § 89 StGB, § 90a StGB
B, KONTAKTSPERREGESETZ – §
PO, § 138a StPO, BERUFSVERBOT
B, § 130a StGB, § 140 StGB, § 185
StPO, § 163b, 163c StPO, § 148 St
StGB, § 89 StGB, § 90a StGB, § 13
NTAKTSPERREGESETZ – § 103 S

ANKLAGE VERSCHÄRFT !

nach 18 prozesstagen wurde dem verfahren eine neue wendung gegeben. in dem entsprechenden beschluss des gerichts heisst es:
„.....die verfolgung der angeklagten, soweit ihnen zur last liegt, druckerzeugnisse hergestellt, verbreitet und vorrätig gehalten zu haben, in rechtlicher hinsicht auf verletzung des § 129a..... beschränkt. insoweit wird die verfolgung in tatsächlicher hinsicht auf den vorwurf beschränkt, die angeklagten hätten druckerzeugnisse hergestellt und verbreitet in denen
1) IN WORT UND BILD ZUM AUSDRUCK GEBRACHT WIRD, in deutschen vollzugsanstalten seien auf staatliche veranlassung gefangene umgebracht, hingerichtet und liquidiert, ermordet und ähnliches worden, bzw. dies sei auch für die zukunft beabsichtigt
2) unmittelbar oder mittelbar zum bewaffneten kampf aufgerufen oder dieser befürwortet wird."

SCHRIFTEN VON UND ZU GEFANGENEN NACH 129 A ZU VERFOLGEN IST NEU
DER ZEITPUNKT IST NICHT ZUFÄLLIG GEWÄHLT
diese wendung hat sich auch bei der zeugenvernehmung von lampe ansatzweise gezeigt. er hatte damals schon die prozesserklärung von verena becker als eindeutige 129-a-schrift bezeichnet.
und rebmann forderte in derselben woche vor dem deutschen richtertag eine gesetzesänderung zur terrorismusabwehr, die das öffentliche befürworten noch nicht begangener straftaten unter strafe stellt.
zeitlich unmittelbar zusammenhängend wurde auch im prozess gegen die rechtsanwälte arndt müller und armin newerla das in ihrem prozess angeklagte buch „texte der raf" als 129a-schrift bezeichnet.

WARUM DIE EINSCHRÄNKUNG DES VERFAHRENS AUF EIN REINES 129a VERFAHREN

über die konsequenzen, die durch die zensur §§ 88a und 90a drohen, ist in der linken ein bewusstsein vorhanden, hat sich ein widerstand dagegen entwickelt. dazu kommt noch, dass bestimmte parteien, die im zugzwang des wahlkampfs ein liberales image brauchen und über diese zensur§§ jetzt auch öffentlich diskutieren und teilweise für seine abschaffung eintreten.
sie versuchen damit, das allgemeine repressionsklima zu entschärfen und einem sich entwickelnden breiteren bewusstsein vorzubeugen - es darf sich daran kein radikaler widerstand entwickeln.
und wenn dieser prozess der selbstzensur alleine weitergeht, haben die §§ ihren zweck erfüllt. das bewusstsein ist in den köpfen drin, dass bei bestimmten diskussionen der staatsschutz auf den plan tritt.
linke und ihre projekte wie buchläden, zeitungen, druckereien werden gezwungen, sich selbst zu zensieren. wer dies nicht macht, dessen illegalisierung treibt der staatsschutz konstant voran. dafür benutzen sie den § 129a. über dieses juristische instrument versuchen sie, die für sie nicht integrierbare auseinandersetzung zu verbieten. unter diese auseinandersetzung fallen die inhalte von und zu gefangenen, bzw. über ihre politik, und alles, was sich militant gegen den staat richtet, sein befriedungsprogramm stört. dabei stützt sich der staatsschutz auf eine jahrelange hetze in den medien. mit der hetze ist ein klima geschaffen worden, so dass die meisten leute es jetzt als normal ansehen, dass sich widerstand und eine öffentliche diskussion nur innerhalb eines ganz begrenzten rahmens bewegen darf.
die geschichte und funktion des § 129a, die verhaftungen und die prozesse von rechtsanwälten und leuten aus knastgruppen zeigt auf, dass dieser § zur internierung innerstaatlicher opposituation eingesetzt wird. allgemein bekannt ist die internierungspraxis in irland, dort bezeichnet sie den ausnahmezustand, den kriegszustand - unverhüllt - .
einen kriegszustand, in dem der staat jederzeit meistens ohne gerichtsverfahren leute beliebig in den knast stecken kann, die er zu ira-mitgliedern oder sympathisanten erklärt, bzw. die es sind.
diese massenhaften internierungen hat der staat hier nicht nötig. internierung ist hier eine präsizionswaffe. denn sie haben ihre computer und ihren bespitzelungsapparat, um gezielt die leute aus der legalen linken in den knast zu stecken, durch deren politische arbeit sie sich bedroht sehen. der ausnahmezustand wird hier nicht offen, sondern die rechtlosigkeit wird einfach verrechtlicht, das ist alte tradition in diesem land.
es gibt wie in unserem fall zwar bei langer untersuchungshaft einen prozess, wobei aber auch viele genossen nur mal für 5 - 6 monate in die isolationslöcher der hochsicherheitstrakte gesteckt werden und danach die konstruktion gegen sie, wenn es dem staatsschutz opportun erscheint, wieder fallengelassen wurde. jedoch muss mal sich nur mal die praxis in unserem

und allen anderen politischen prozessen anschauen, und dass diese verfahren grundlegende verfahren zur politischen gleichschaltung sind. die verbreitung von texten der gefangenen nach 129a zu kriminalisieren heisst, dass mit dem ende des verfahrens andere bedingungen für den staatsschutz bestehen werden, die es ihm sehr viel leichter ermöglichen, leute in den knast zu stecken. bisher mussten sie noch für jeden, den sie in dem zusammenhang 129 a einlochten, eine eigene kriminalistische konstruktion zusammenschustern, wie sprengstoffanschläge etc.
anklagen, die dann oft monate später einfach wieder fallengelassen wurden. die neuen prozesse kennzeichnen sich die aburteilung von schriften von und zu gefangenen aus.

PROZESSERKLÄRUNGEN: HÖREN ERLAUBT, LESEN VERBOTEN

prozesse wegen flugblattverteilens, parolen sprühen, wie jetzt in hamburg und düsseldorf. die kriminalisierung der schriften nach 129 a bedeutet, dass damit der legale status, den gefangene haben, aberkannt ist.
die gefangenen sind selbst illegalisiert.

prozesserklärungen sind zum anhören noch erlaubt, zum lesen aber schon verboten.

eine verurteilung von uns über die schriften reicht den staatsschützern aber nicht aus. jetzt wurden unsere eigenen prozesserklärungen zum „beweis" unserer unermüdlichen tätigkeit in „agitatorischen sinne" in die akten eingeführt und vorgelesen. sämtliche prozess-infos und die broschüre „solidarität kann zur waffe werden...." wurden als „beweiserheblich" von den staatsanwälten in die gerichtsakten geheftet. in der broschüre sind:

— anträge der verteidiger/berichte zu den 1. prozesstagen/erklärungen von uns

es ist jetzt ganz einfach so, dass bei uns und in zukünftigen prozessen die erklärungen der angeklagten zur legitimation des urteils herangezogen werden, wenn die „beweise" des gerichts nicht ausreichen.

DIE TAT AN SICH RÜCKT IMMER MEHR IN DEN HINTERGRUND, DIE POLITISCHE GESINNUNG UND IHRE UMSETZUNG IN DIE PRAXIS WIRD VERFOLGT UND BESTRAFT.

d.h. wenn wir uns politisch verteidigen, kriminalisieren wir uns selbst. im prozess gegen 3 sogenannte parolensprüher in düsseldorf stand in der urteilsbegründung u.a. „ausserdem hätte der angeklagte sein schlusswort an die zuschauer im saal gerichtet, was beweise, dass er weiterhin politisch auf andere einwirken will." und „zur einwirkung auf den angeklagten, und zur verteidigung der rechtsordnung sei eine haftstrafe notwendig", und weiter im terrorurteil, eine beleidigung des richters wird so ausgelegt:

„es sei ein neuer beweis dafür, dass der angeklagte noch immer zu dem stehe, was er schon 1 1/2 jahre vorher gemacht hätte." an beweisen für die tat gab es nichts, zeugen, die für die 3 ein alibi bringen konnten, wurden als unglaubwürdig abgewiesen. dem staatsschutz geht's also um mehr als um NACH- drucken, - verbreiten - veröffentlichen, ihm geht's darum, dass wir unsere eigene betroffenheit nur noch hinter vorgehaltener hand mauscheln, unseren kampf als nicht vorhanden behandeln, unsere identität aufgeben.

76 sagte ulrike meinhof noch, warum sie im prozess was sagen:

„es ist vielmehr ein p r a k t i s c h e r versuch, die zensur und die illegalisierung unserer texte zu durchbrechen, was hier geredet wird, kann wie es bis jetzt ist, jedenfalls veröffentlicht werden, obwohl buback auch da sicher ein brachialer schlich einfällt, versuchen wir es."

BIRGID RAUTH: HUNGERSTREIK GEGEN SCHIKANEN

16.1.80 Seitdem Birgid Rauth die einzige der Angeklagten ist, die noch im Knast sitzt,lassen die Bullen und das Staatsschutzgericht sie ihre Verfügungsgewalt immer stärker spüren, weil sie gegen die Gefangenen mehr Druckmittel in der Hand haben als gegen die, die draußen sind...

Birgid ist seit einem Jahr unter wechselnden Isolationsbedingungen im Knast und seit Prozeßanfang den Bedingungen im 7. Stock in Stammheim ausgesetzt.

Birgids Haftbedingungen entsprechen einer eingeschränkten Kontaktsperre, die darauf abzielt, sie möglichst von allen Kontakten, Informationen, Diskussionen usw. mit draußen abzuschotten. Konkret heißt das:

- Sämtliche linken Zeitungen, Broschüren, teilweise auch Post und Bücher, werden beschlagnahmt!
- Sämtliche Leute, die Birgid kennen, werden als Besucher abgelehnt; wenn überhaupt welche reinkommen —was in den letzten neun Monaten ganze zwei Leute waren (!)— sind das zumeist fremde Leute...; oder die Bullen versuchen, Birgid von den Besuchen abzuhalten, indem —wie beim letzten Besuch— versucht wird, trotz Trennscheibe auch noch das körperliche Abgrabschen und Absonden einzuführen. Birgid lehnt alle Besuche u nter diesen erniedrigenden und terrorisierenden Bedingungen in Zukunft ab.
- Dazu kommt noch, daß Birgid seit zwei Monaten kein Radio mehr in der Zelle hat. Die Bullen haben es ihr geklaut, da Birgid es sich nicht gefallen ließ, daß der Batterieteil verplombt wurde. Das hat zum Zweck, die Batterien nur durch Knastbullen austauschen lassen zu können, die immer nur leergelaufene "neue" einsetzen; also 'ne andere Art, Radiohören unmöglich zu machen. Dadurch, daß das Radio raus ist, verschärft sich automatisch die Isolation — Information und Entspannung durch Musik sind damit ausgeschlossen. Die Auswirkungen sind verstärkte Geräuschempfindlichkeit.

Bisher hatte Birgid das "Normalvollzugsangebot", jeden zweiten Tag am Hofgang mit anderen Gefangenen teilzunehmen. Das Projekt "Normalvollzug" ist in Stammheim von vorneherein so aufgebaut, daß 'ne strikte Trennung zwischen allen politischen Ge-Gefangenen dort untereinander gemacht wird. Und dieser "gemeinsame Hofgang" ist nur mit ausgesuchten Gefangenen möglich. Das sind staatsloyale Gefangene, die sich dazu hergeben, Informationen und Gespräche den Knastbullenpsychologen weiterzugeben. Solche, die sich also aktiv am Vernichtungsprogramm gegen die politische Identität beteiligen. (...)

Birgid hat am 11. Januar den sogenannten Normallvollzug abgelehnt und ist seitdem wieder totalisoliert. Am 15. Januar hat sie einen Hungerstreik angefangen, um Umschluß und Hofgang mit Irmgard Möller, die ebenfalls im 7. Stock in Stammheim totalisoliert ist, und um die Aufhebung der Schikanen (Besuche, Radio) zu erreichen.

Wir fänden's wichtig, daß Leute zum Prozeß kommen, und daß ihr euch was überlegt zum Hungerstreik von Birgid. Prozeßtermine sind immer Montag/Donnerstag und Freitag um 8.15 Uhr. Zur Zeit fallen aber auch manchmal Prozeßtage aus, ruft also besser vorher an.

Kontaktadresse: Fantasia-Druck, Schlosserstr. 28 a, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/606126.



BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN ★ INFO

ZUM BUG INFO

Prozess Blatt Nr. 1

Die Vorgeschichte: Das BUG - Info (BUG = Berliner undogmatische Gruppen) erschien erstmals mit der Nummer 1001 im Deutschen Herbst '77, nach der Verhaftung der Agit-Drucker.*

Es sollte eine Zeitung von und für alle undogmatischen Gruppen und Menschen in Berlin sein. Es hatte keine feste Redaktion, jeder konnte mitmachen, und alles, was wichtig und informativ ist sollte unzensiert in der Zeitung abgedruckt werden. Deshalb wurde, neben vielen anderen Themen, auch Stellungnahmen der Stadtguerilla dokumentiert, und der Diskussion darüber und über Knast, sowie andere in der deutschen Öffentlichkeit verpönten Themen, kein Maulkorb vorgehängt.

Was ist passiert: Ab Nr. 1014 wurde über jede Nummer des BUG - INFO im Kammergericht ein Beschlagnahmebeschluß verfaßt – und zu den Akten gelegt. Dem BUG - INFO ging nie eine Benachrichtigung darüber zu. Stattdessen wurde ein Heer von Spitzel und Staatsschützern auf die Zeitung angesetzt, die weiter erschien. Die jeweiligen Macher lebten ja in dem guten Glauben, sie würden eine normale, legale Alternativzeitung machen.

Im Herbst '78 kam dann der große Schlag. Die Räume des BUG-INFOs (nebenbei auch die der Roten Hilfe und des Agitkomitees), die Druckerei und eine Menge Wohnungen wurden überfallen und durchsucht, über zwanzig Ermittlungsverfahren eröffnet.

Diese Verfahren schmorten ein ganzes Jahr, bis gegen acht Leute die Anklageschrift 'rausging. Den Angeklagten wird vor allem vorgeworfen, nach dem Konzept des Redaktionskollektivs, unter inanspruchnahme einer absoluten Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit eine „Gegenöffentlichkeit" geschaffen zu haben. Außerdem hätten sich die Artikel der Druckschrift überwiegend mit den Straftaten terroristischer Vereinigungen, wie der „RAF", „Bewegung 2. Juni" und „Revolutionäre Zellen" aber auch mit dem Vorgehen von Justiz und Polizei befaßt, wobei insgesamt versucht wurde, im Wege der Öffentlichkeitsarbeit im Leserkreis bestehende psychologische Hemmungen gegen terroristische Vereinigungen abzubauen, Sympathien für deren strafbare Aktionen zu wecken, und somit eine Stärkung dieser Gruppen im Kampf um die gewaltsame Veränderung der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung der BRD herbeigeführt zu haben, gleichzeitig aber durch entstellende oder wahrheitswidrige Behauptungen über Maßnahmen von Polizei und Justiz die vorgebliche Rechtsstaatwidrigkeit des bestehenden Systems propagiert zu haben.

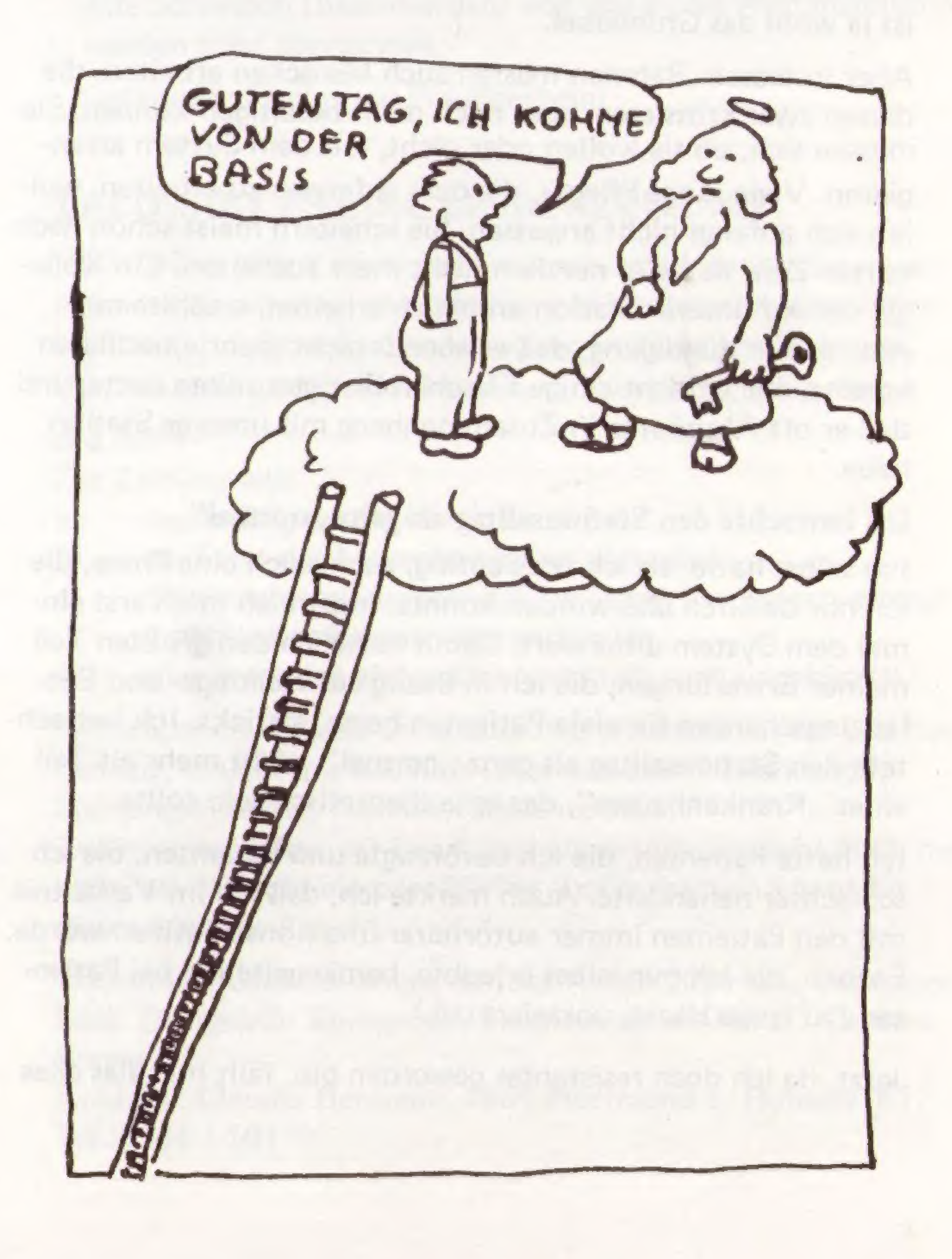
Die Verteidigung wird schon im Vorfeld behindert: Da den Angeklagten die Unterstützung sämtlicher terroristischer Vereinigungen der BRD in den letzten Jahren vorgeworfen wird, wird kein linker Anwalt als Verteidiger zugelassen, der irgendwann mal in irgendeinem Verfahren tätig war. Damit wird's für die Angeklagten unheimlich schwer, erfahrene Anwälte zu finden (§ 146 Verbot der Mehrfachverteidigung). Der Prozeß ist zweifellos im Zusammenhang zu sehen, mit dem Versuch des Staates jede öffentliche Diskussion über die Stadtduerilla zu kriminalisieren, die sich nicht an die verordnete „Wahrheit" hält (Kritik am Vorgehen des Staates, Zweifel an der Stammheimer Selbstmordthese, usw.). Jede Form der Dokumentation von Stadtguerillapositionen und der Auseinandersetzung damit wird so als Unterstützung der Stadtguerilla kriminalisiert (§ 129 a).

Pressefreiheit scheint da zu enden, wo über die „Unaussprechlichen" (RAF, RZ, 2. Juni) diskutiert, geschrieben und gedruckt wird.

SPENDENAUFRUF:

Verteidigung und die Öffentlichkeitsarbeit kosten jede Menge Geld. Deshalb, ohne jede moralische Aufforderung, die Kontonummer:

Sparkasse der Stadt Berlin West
BLZ 100 500 00
Kto.Nr. 0330025694
Rolf Niebel, Prozeßkonto BUG-INFO



*)Die Agit-Drucker wurden verhaftet,als Zensurmaßnahme, da der von ihnen gedruckte INFO-BUG keine „fassbare" Redaktion hatte. Anm. der Red.)



ICH ARBEITE ALS PFLEGER AUF EINER GESCHLOSSENEN STATION

RICKLING 21. Januar 80 *Ein Pfleger, der in einer psychiatrischen Anstalt in Norddeutschland arbeitet, schrieb uns einen Brief. Dieser Brief schildert die Situation in der Psychiatrie aus der Sicht eines Pflegers der sich „ob er nun will oder nicht, mit diesem System arrangieren muß".*

Im ID 317 stand mal wieder 'ne ganze Menge drin über unsere herrliche deutsche Psychiatrie. Es ist gut, daß dieses Thema von Euch behandelt wird, wennn auch die Berichte der Patienten nur einseitig sein können.

Ich arbeite als Pfleger auf einer geschlossenen Station im psychiatrischen Krankenhaus Rickling, wo viele Hamburger Langzeitpatienten aus Ochsenzoll abgeschoben werden. Die Pfleger sind in Euren bisherigen Berichten meist als rücksichtslose Schlägertypen dargestellt worden. Ich möchte auch mal was aus der Sicht der Pfleger sagen. Das Problem der deutschen Psychiatrie liegt in der Grundstruktur derselben. Wir sind eben nicht in Italien, unsere Verwahrungspsychiatrie, wo die Patienten von ihren Mitmenschen abgesondert werden, meist in geschlossenen Anstalten oder an einsamen Orten über 50 km von den Ballungszentren, dem Heimatort der Patienten, entfernt, ist ja wohl das Grundübel.

Aber in diesem Rahmen müssen auch Menschen arbeiten, die diesen zwar kritisieren, aber noch nicht beseitigen können. Sie müssen sich, ob sie wollen oder nicht, mit dem System arrangieren. Viele junge Pfleger, die dort anfangen zu arbeiten, wollen sich anfangs nicht anpassen. Sie scheitern meist schon nach kurzer Zeit, da sie es nervlich nicht mehr aushalten. Ein Kollege, der auf unserer Station anfing zu arbeiten, erzählte mir nach seiner Kündigung, daß er abends nicht mehr einschlafen konnte, ehe er nicht einige Flaschen Bier getrunken hatte, und daß er oft Alpträume in Zusammenhang mit unserer Station habe.

Ich betrachte den Stationsalltag als ganz „normal"

Ich selbst hatte, als ich dort anfing, auch solch eine Phase, die ich nur dadurch überwinden konnte, indem ich mich erst einmal dem System unterwarf. Damit hatte ich den größten Teil meiner Erwartungen, die ich in Bezug auf Heilungs- und Entlassungschancen für viele Patienten hegte, erstickt. Ich betrachtete den Stationsalltag als ganz „normal", nicht mehr als Teil eines „Krankenhauses", das es ja theoretisch sein sollte.

Ich hatte Patienten, die ich bevorzugte und Patienten, die ich schlechter behandelte. Auch merkte ich, daß ich im Verhältnis mit den Patienten immer autoritärer und konservativer wurde. Sachen, die ich mir selbst erlaubte, bemängelte ich bei Patienten (zu lange Haare, unrasiert u.ä.).

Jetzt, da ich doch resistenter geworden bin, fällt mir dies alles auf, und ich kann mich auch differenzierter verhalten, da ich genau weiß, daß ich nicht für immer hier arbeite, sondern gehen kann, wenn ich Lust habe. Aber andere machen dort ihre Ausbildung und bleiben Jahre und Jahrzehnte dort

90% der Pfleger nehmen Drogen

Die Arbeit macht viele fertig. Das ist besonders bei den geschlossenen Stationen der Fall. Viel Pfleger sind oft am Rande eines Nervenzusammenbruchs (auch „altgediente" Pfleger). Deshalb lassen sich auch so viele krankschreiben (Erholungskuren sind sehr häufig und fast jeder hat Probleme mit seinem Magen). Das erhöht natürlich noch die Anspannung, da die Stationen ständig unterbesetzt sind, Überstunden an der Tagesordnung sind und der Dienstplan täglich geändert wird. 90% der Pfleger nehmen Drogen recht häufig ein. (Entweder knallen sie sich die Birne voll, indem sie einige Pfeifchen pro Tag rauchen oder sie betäuben sich jeden Tag durch Alkohol nach Dienstschluß. Auch Psychopharmaka bleiben selbstverständlich nicht verschont, da man sie sich ja recht gut besorgen kann). In diesem Klima müssen wir arbeiten, und ich glaube, daß wir in diesem Klima eine ganze Menge Positives leisten.

Wir wollen ein positives Klima auf der Station haben, weil wir darin natürlich leichter arbeiten können. So ist das Verhältnis mit den Patienten auch meist recht gut. Handgreiflichkeiten gibt es nur selten, Schläge überhaupt nicht (obwohl es in der Vergangenheit auch dafür Beispiele gibt).

Es werden Patienten in die „Zelle" gebracht, auch manchmal „fixiert", aber in diesen Fällen halte ich das fast immer für gerechtfertigt, da meist andere Patienten oder die Nachtruhe der anderen gefährdet ist. Meistens kommen die betreffenden Patienten freiwillig mit.

Ich halte diese Lösung auch für besser, als daß sie zusätzliche Medikamente bekommen, was die andere Alternative wäre.

Viele Brillen wurden schon zersplittert

Psychopharmaka bekommen bei uns die meisten Patienten. Ohne diese „Medizin" wäre eine Arbeit unmöglich. Aber auch bei uns (wir haben einen Arzt, der mit 'ner Menge von Idealen die Arbeit begann, jetzt aber auch schon abstumpft) wird viel Mist gebaut, da die Medikamente meist zu lange weiterlaufen, obwohl dies nicht mehr nötig wäre.
Aber es gibt viele Pfleger, die dies dem Arzt gegenüber bemängeln und auch entgegen seinen Anweisungen bei der Vorbereitung weniger Medikamente „stellen" (obwohl es auch vorkommt, daß andere bei einzelnen mehr geben). Auch versuchen wir, Haldol durch anderes zu ersetzen, was bei Glianimon, Truxal und anderen aber nur wenig bringt.

Wir könnten auf die Hälfte der Medikamente verzichten, wenn wir doppelt so viele Pfleger hätten (und zwei Einzelräume mehr). Es würde zuviel passieren. Fast jeder Pfleger wurde schon ange-

griffen (meist aus Halluzinationen heraus oder bei Anlässen wie dem Wecken). Viele Brillen wurden schon zersplittert, aber damit leben wir. Wer länger hier arbeitet, kennt schon die kleinsten Anzeichen, die auf eine innere Unruhe und vielleicht auf einen aggressiven Ausbruch schließen lassen. (Einige Pfleger nehmen es auf ihre Kappe z.B., einen Patienten in der Nacht draußen spazieren gehen zu lassen, wenn er unruhig wird. Nach drei Stunden kommt er erschöpft wieder und kann wieder schlafen).

Es passiert auch ernsteres: Ein junger Pflegehelfer, der am 15. Januar hier auf dem Gelände seine Arbeit begonnen hat, landete mit Küchenmesserstichwunden am 16. im Krankenhaus. Im letzten Jahr wurde ein Anfänger am ersten Tag nach 2 1/2 Stunden auf die Intensivstation gebracht, da es gewagt wurde, einem Patienten eine Papierschere auszuleihen.

Ich glaube, ich könnte stundenlang weiterschreiben, aber wahrscheinlich habe ich schon zu viele geärgert. So lasse ich es lieber.

ich lag friedlich auf dem rücken
und schoß die sterne ab
einen nach dem anderen
und dann schoß ich den Mond aus
und dann ging ich herum
und schoss alle Lichter der stadt aus
und wenig später begann es dunkel zu werden
richtig dunkel
so wie ich es liebe
aber nun kann ich nicht mehr schlafen
ohne licht
das in den augen schmerzt.

Vera Piller

EINE SILVESTERNACHT IN PREUNGESHEIM

Frankfurt 21.Januar — *Vier gefangene Frauen verbarrikadieren sich in der Silvesternacht in einer Zelle in der Frauen-Untersuchungshaftanstalt Frankfurt/Preungesheim. Sie wollen zusammen Silvester feiern und dabei nicht gestört werden. Sie schieben Schränke vor die Zellentür. Die Zelle soll von Polizisten gestürmt werden. Die Frauen geben auf und rükken freiwillig die Schränke wieder von der Tür weg, betonen, daß sie sich freiwillig der Übermacht ergeben. Dennoch werden sie mißhandelt. Zwei der Frauen verschwinden in isolierten Zellen. Eine der Gefangenen aus Preungesheim hat die Ereignisse beobachtet und aufgeschrieben. Sie beschreibt die Geschehnisse nach der Zellenräumung:*

A.,in deren Zelle sie alle drin waren, wurde in den Bunker abgeführt; ihr wurden die Kleider weggenommen und erst später wieder zurückgebracht. Frauen hörten, wie die Bullen erst nach einiger Zeit die Station, auf der sich der Bunker befindet, verließen.
Nach etwa einer halben Stunde kam das Rollkommando wieder hier hoch und warf einige Sachen von A. auf den Gang.
Die Bullen hatten ihre Hemden aufgeknöpft, waren ganz verschwitzt, lachten und der eine hatte sogar ein Anstaltshandtuch um den Hals gelegt.

Frau Böhm(Zentralbeamtin) bemerkte auf einmal, daß der Spion von meiner Zelle und der einer anderen Gefangenen kaputt war — wir also das Ganze beobachtet hatten und geriet sichtlich in Panik.
Wir bekamen Angst um A.(also, die Frauen auf der Station) und drückten Licht, und als darauf nicht reagiert wurde, fingen wir an zu brüllen und verlangten, zu erfahren, was mit A. geschehen sei und daß sie wieder auf eine normale Zelle verlegt werden soll.

Kurz danach wurde auch B. aus der Zelle gezerrt von vier Bullen und wir hörten gleich darauf schreckliche Schreie von ihr.

Am nächsten Tag wurde im Haus erst nachmittags aufgeschlossen. Wie wir nach dem Aufschluß zufällig mitkriegten, wurden A. + B. in der Zwischenzeit auf zwei isolierte Zellen im Arbeitsbetrieb verlegt. Ihnen wurden Kleider und Waschzeug runtergebracht, was darauf schliessen läßt, daß sie eine Weile da unten bleiben werden.
Die andere Zeugin und ich wurden von der Stationsbeamtin indirekt angemacht zu schweigen. Uns wurde erzählt, sie hätte die beiden gefragt, ob sie geschlagen worden seien und sie hätten darauf geantwortet,daß sie nicht angefaßt wurden (wir also nichts gesehen hätten.)

Auch redete sie mit anderen Gefangenen, die was gehört hatten, und versuchte, ihnen weis zu machen, daß keinerlei Gewalt stattfand und das, was sie gehört hatten, bestimmt von wo anders kam.

Ich finde, es geht hier nicht darum, ob das Verbarrikadieren von den Frauen richtig oder falsch war, sondern darum, daß Gewalt angewendet wurde, obwohl die Frauen laufend ihre friedliche Absicht zeigten - die Bullen sich also wieder einmal an hilflosen Frauen austoben konnten.

PS: A.+B. befinden sich in nassen, kalten und dreckigen Zellen. Sie haben kein Radio, nichts zum Lesen und keine Schreibsachen. Ihr einziger Kontakt ist der mit den Schliessern, die immer nur mit, „Ich weiß nicht" oder „Schreib einen Rapportschein" (der höchst wahrscheinlich nicht ankommt), antworten.

Alle Schreiben (Beschwerden) von uns an die Anstaltsleitung werden total übergangen.

Gefangene Frauen aus Preungesheim

BALD GIBT ES EINE LESBENZEITUNG

*"Wir haben es satt keine oder nur gekürzte Informationen von*einander zu erhalten, daher haben wir beschlossen, eine Informationszeitung der Lesbenbewegung (national) aufzubauen. Wir, das sind Lesben aus Dortmund, Düsseldorf, Köln, Bonn und Berlin "

Die Zeitung soll:

a) regelmäßig erscheinen
b) ein Echo der Lesbenbewegung darstellen
c) die einzelnen Gruppen und isolierten Lesben erst einmal durch Informationen etc. verbinden
d) alles zensurlos abdrucken (natürlich auch ungekürzt!)

Wir brauchen doppelt Unterstützung, erstens rufen wir alle Lesben auf, schickt uns reichlich Informationen (Erfahrungs-, Meinungsberichte, Termine, Gedichte etc.).
Zweitens brauchen wir finanzielle Unterstützung, seht doch mal nach, ob ihr nicht ein paar Märker locker machen könnt für dieses wichtige Projekt.

Massenhaft Überweisungen auf das Konto **2094456, Commerzbank Zweigstelle Königswall, Bankleitzahl 44040037 Carmen Seeger.**
Kontakt: Claudia Hermann, 4600 Dortmund 1, Hohestr. 61, Tel. 0231 / 101797

ZUR (UN–)MÖGLICHKEIT EINES ANTI-MILITARISTISCHEN BÜNDNISSES

Lörrach
16. Dezember

Eine kleine Gruppe von Antimilitaristen, die u.a. an den antimilitaristischen Märschen, an Wehrpassverbrennungen, direkten Aktionen gegen das Militär teilgenommen hat, traf sich dieses Frühjahr, um über weitere Aktionsmöglichkeiten zu beraten. In der Diskussion stellte sich als gemeinsames Unbehagen die Isoliertheit all dieser Aktionen heraus. In den weiteren Treffen/Gesprächen wurde versucht, Ursachen für dieses Gefühl zu finden und mit einem Papier zu versuchen, eine breitere Diskussion über die Möglichkeiten engerer Zusammenhänge in der antimilitaristischen (Ami) Arbeit in gang zu bringen.

Das nun vorliegende Papier versucht einen Hauch der Vielfalt und Differenzen aber auch der gemeinsamen Ursprünge aufzugreifen, und mit einer Skizze einer möglichen Aktion (Aktionsvorschlag am Ende) solch eine Diskussion zu starten. Das Papier wurde an möglichst viele Gruppen und Zeitungen verschickt, mit der Hoffnung auf eine vielfältige und fruchtbare Reaktion. In Lörrach werden zunächst diese Reaktionen möglichst vollständig gesammelt und zugänglich gemacht.

Schwerpunkte in der Antimilitaristischen Arbeit

Kriegsdienstverweigerer (KDV): Seit Bestehen der Bundeswehr (BW) versuchen verschiedene Gruppen wie Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), KDV-Gruppen, Beratungsstellen der Kirchen u.a. die Hürden der Verweigerung zu erleichtern und die Zahl der Verweigerer, als Beitrag zum Frieden zu erhöhen. Dabei stehen sich verschiedene Begründungen für eine Verweigerung gegenüber. Heute verweigert eine Gruppe junger Männer den gesamten Zwangsdienst (Kollektiver Gewaltfreier Widerstand KGW). In der letzten Zeit war der Kampf gegen die Gewissensprüfung ein Schwerpunkt (Wehrpassverbrennung u.a.).

Zivildienstleistende (ZDL): Die „anerkannten" Kriegsdienstverweigerer unterstehen wie die Soldaten einer Einschränkung der Grundrechte. Mit der Selbstorganisation der ZDL (SoZDL) versuchen ein relativ kleiner Teil der ZDL ihre Interessen (gewerkschaftsorientierte Organisationsweise) durchzusetzen. Bisher gab es dabei relativ wenig Erfolge. Ein großer Teil der ZDL läßt sich unter anderem durch die eingeschränkten Rechte an einem weitergehenden Handeln hindern.

Soldaten: Innerhalb der BW gibt es vor allem unter den Wehrpflichtigen einige wenige Soldatengruppen und Zellen verschiedener politischer Richtungen. Ähnlich wie bei den ZDLs müssen sie sich gegen politische Bevormundung wehren. Dabei stehen als Ziele die Demokratisierung der Armeestrukturen, Verankerung der BW in demokratischen und fortschrittlichen Zielen. Dazu kommt die Durchsetzung von besseren Bedingungen wie Sold und anderes. Starke Soldatengewerkschaften, wie z.B. in Holland, gibt es bei uns nicht.

Friedenspädagogik: Ein Teil der friedenspädagogischen Arbeit von Gruppen wie DFG, Kirchen, Deutscher Friedensunion (DFU), den Trainingskollektivs, Gewerkschaften, politischen Jugendorganisationen, Zeitschriften und anderen besteht aus dem Versuch, in Ausbildungsgängen, Medien usw. Gegeninformationen zum Militär zu bieten. Eine große Zahl von Möglichkeiten werden dabei genutzt, z.B. Ausstellungen, Dokumentationen, Straßenaktionen, Trainings (auch mit Bürgerinitiativen). Sowohl Darstellung des Schreckens von Kriegen wie auch Möglichkeiten für den Frieden (sehr unterschiedlich) stehen neben Appell, Aufruf und Petition.

Friedensforschung: National und international beschäftigen sich eine Reihe von Wissenschaftlern (Politologen, Verhaltensforscher, Soziologen und andere) mit Ursachen von Krieg, Strategien für Friedenssicherung, Chancen einer sozialen Verteidigung. Zum Teil geschieht dies in staatlich vorgeschriebenen Rahmen, einiges wird von Stiftungen und Verbänden getragen. Oft fehlt dieser Forschung ein konkreter Zusammenhang zu Bewegungen und Situationen.

Abrüstung: Abrüstungsgespräche und Verträge, vor allem zwischen den großen militärischen Blöcken, wurden und werden durch eine Reiche von Gruppen unterstützt, bzw. sie versuchen darauf Einfluß zu gewinnen. Zu nennen wäre das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ), sie organisieren zentrale Demonstrationen, die DFG führte Staffeten durch, gewaltfreie Gruppen, die zur WAR Resistance International (WRI) gehören, machten in europäischen Ländern Märsche für einseitige Abrüstung usw.

Truppenübungsplätze und ähnliches: Die direkte Konfrontation mit den Kasernen und Übungsplätzen ließ eine Reihe von Bürgerinitiativen entstehen: Garlstedter Heide, Nordhorn-Ranch, Teufelsmoor, Mainschleife u.a. Einige dieser Bi's entwickelten neben ihrem konkreten Widerstand auch allgemeinen antimilitaristischen Widerstand.



Frauen und Militär: Aus der Frauenbewegung heraus beginnt sich als Reaktion auf die Bestrebungen des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr, auch Frauen zum Wehrdienst einzuziehen, Widerstand zu bilden.

Zusammenhänge und Differenzen

Diese kurze Zusammenfassung verschweigt sowohl die inneren Zusammenhänge wie auch bestehende Differenzen. So gibt es zum einen Gruppen, die ein weites Spektrum der genannten Schwerpunkte abdecken (DFG/VK). Zum anderen stehen sich in der antimilitaristischen Arbeit sehr unterschiedliche politische Ansätze gegenüber. Sie werden in den Unterschieden von ideologischer Festlegung, inhaltlicher Differenzierung und Art der Methoden/Aktionen deutlich. Von kirchlichen Beratungsstellen über die Unterstützung von Positionen in den Abrüstungsverhandlungen, bis zu Aktionen für eine einseitige Abrüstung (die Umwandlung in eine Volksarmee nur am Rande)

gibt es fast unüberwindliche Kluften.
Es hat hier keinen Zweck, bei diesen Differenzen einzuhaken. Es soll vielmehr versucht werden, einen Einstieg in eventuelle Gemeinsamkeiten zu finden.

- Ganz klar, daß es auch hier keine Einmütigkeit geben wird. Die unterschiedlichen Einschätzungen sollten im Verlauf der Diskussion auf den Tisch.
- Klar auch, daß alles folgende einer enormen Differenzierung bedarf. Also nur als Einstieg:

Berührungspunkte des Einzelnen

Jeder Mensch hat zumindest an einem Punkt seiner Biografie/Lebens einen Berührungspunkt mit Militär, Rüstung, Krieg. Aus der ganzen Deutungsbreite dieser Wörter hier einige mögliche Berührungspunkte: Er/sie hat einen Krieg durchgemacht, hat den Wehrdienst geleistet, wurde in der Schule zur „Verteidigung der Freiheit" erzogen, hat einen Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie, lebt nahe an einem Truppenübungsplatz, sieht die jährlichen Manöver.... Zu solchen geografischen Bezügen kommt, daß die gesamte Gesellschaft um ihn/sie herum vom Militärisch-industriellen Komplex (MIK) überwuchert ist. Nur eine kurze Beschreibung in Stichworten:

DIE KRÄHEN FRESSEN MEIN KORN.
ICH BESORGE DIR 'NE VOGELSCHEUCHE.



Verflechtung

- Rüstungsindustrie : Export, Arbeitsplätze, Bundeswehraufträge, Forschungsgelder, Vertretung/Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen usw.
- Bundeswehr: Hierachie, Werbung, Manöver, Kosten, Existenzberechtigung beweisen....
- Staat: Verteidigung, wirtschaftliche Interssen, weltpolitische Stellung, Ordnungsmacht, Herrschaft/Kontrolle......
- Öffentlichkeit: Medien, emotionale Ängste, Einfluß der Wirtschaft, Demonstration von Stärke...
- Entscheidungsstrukturen: Monopole, Lobbies, Bürokratie, Verfilzung.......
- Erziehung: Kriegsspielzeug, Bundeswehr-Jugendoffiziere, Bundeswehr-Fanclub.....

Stellt man/frau sich den Einzelnen zwischen diesen Verflechtungen vor, so wird deutlich, an welche Interessen der einzelne gebunden sein kann bzw. ist, ohne sich dessen bewußt zu sein. Dazu kommen die Machtinstrumente, die in fast allen Bereichen zur Verfügung stehen, um entweder bei ihm eine Bewußtwerdung zu verhindern oder seine mögliche Abwehr brechen zu können:

- Die Angst vor dem Krieg, der Widerspruch zwischen Aufrüstung und Friedensbeteuerung, wird abgelenkt durch Ängste vor Arbeitslosigkeit, Kommunismus, Aggressionen anderer Staaten usw.
- Die Bereitschaft zum Frieden wird geschluckt durch die Erziehung zum Risiko des Friedens von Kindheit an, (Kriegsspielzeug, Ausbildung, BW, Medien usw.) oder umgelenkt in Ersatzdienst, Kriegsgräberfürsorge o.ä.
- Der Wille zur Mitbestimmung wird erstickt in hierarchischer Ausbildung, in verschleierten Entscheidungsstrukturen, in Verfilzung von Organisationen und Bürokratie...
- Der Versuch, sich zu wehren, stößt auf Bundesgrenzschutz, Berufsverbot, Aussperrung, Notstandsgesetze, Manipulation der Medien uws.

Betroffenheit

Die Tatsache, daß es für fast jeden wieder andere Erfahrungen und Ansatzpunkte für eine Einflechtung im Interesse des Militärisch-Industriellen-Komplexes (MIK) gibt, ist sicher mit einer Ursache für sie unterschiedliche Ansätze von Ami-Arbeit. Es sollte allen bewußt werden, daß diese unterschiedlichen Anknüpfungspunkte (z.B. Männer müssen zum Wehrdienst, Frauen sollen sich daraushalten) keine persönlichen Entscheidungen entstammen, sondern von den Strukturen dieser Gesellschaft festgelegt werden. Wir sollten darüber hinaus sehen, daß es zwischen den einzelnen Ansätzen gemeinsame Punkte gibt, an denen sich unsere Interessen berühren. Dort wo in der Verflechtung der Gesellschaft sich die Interessen des MIK treffen, im Profit der Rüstungsindustrie, in der machtpolitischen Möglichkeit einer militarisierten Gesellschaft, in der Verfügbarkeit der durch BW Erzogenen und durch sie und ähnliche Ordnungskräfte disziplinierte Bürger, liegt auch eine gemeinsame Wurzel unseres Widerstandes. Das Gefühl als Einzelner gegenüber solch einem Apparat ohnmächtig zu sein und der Wille, sich dagegen zu wehren, ergibt keine gemeinsamen Inhalte, keine Einigungsmöglichkeit über rationale Erklärungen, Modelle, Ziele, aber sie könnten eine emotionale Brücke aus Ohnmacht, Wut und Entschlossenheit sein: Die Betroffenheit durch den MIK und das mehr oder weniger starke Gefühl, et' was dagegen zu tun, tun zu müssen als Ausgangspunkt !



Ist es möglich, bei einem so schwer durchschaubaren, bekämpfbaren Komplex sich überhaupt auf Gefühle zu berufen ? Ist es nicht viel wichtiger, Analysen, Erklärungen, intellektuelle Strategien zu entwickeln, inhaltlich zu einer Gemeinsamkeit zu kommen?

Die bisherige Praxis der Ami-Arbeit spricht dagegen, und es ist gerade die Größe des Komplexes, die annehmen läßt, daß mit einer Erklärung, einem Ansatz gar nicht alles erfaßbar ist. Es wäre denkbar, daß nur in einer Vielzahl von Ansätzen, einem großen Spektrum des Widerstands alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden können. So bliebe dann noch unsere „gemeinsame Wut", unsere Betroffenheit übrig, als Ansatz für eine Zusammenarbeit.

Vergleich zur Anti-AKW-Bewegung

Vergleiche sind dafür natürlich schwierig, aber ansatzweise möglich: Die Bedrohung, die sich mit den technischen Entwicklun-

gen ergeben (neben den positiven Möglichkeiten) sind fast unübersehbar und sehr komplex in ihren Zusammenhängen. Mit der breiten Anti-AKW-Bewegung entstand eine gesellschaftlich einflußreiche Kraft, die zu mindestens einen gewissen Spielraum für die Entwicklung von Alternativen und die Modifizierung der Technik ermöglichkt. Die Basis dieser Bewegung liegt mitten in der gemeinsamen Furcht, besser Betroffenheit der Einzelnen, erst daraus konnten sich auch gemeinsame Strategien bzw. die Auseinandersetzung darüber entwickeln.

Schritt in eine Zukunft

Die Geschichte der Menschen wird auch in Zukunft mit von militärischen Komponenten bestimmt sein, aber die Notwendigkeit, deren menschenfeindliche Auswirkungen einzudämmen, (nicht nur der Krieg, sondern vor allem die Unterentwicklung), bedarf es einer gesellschaftlichen Kraft/Bewegung, die einen Schritt, Fortschritt möglich macht. Welche Rolle z.B. dabei welcher Klasse oder welcher gesellschaftlichen Gruppe zufällt, kann unterschiedlich beantwortet werden, wenn es darüber hinaus zu einer gemeinsamen Wirkung kommt.

Möglichkeiten

Ein Vorschlag, um zu solch einer Wirkung zu kommen, muß also zweierlei Überlegungen Rechnung tragen: a) An einem Punkt des MIK anknüpfen, an dem die emotionale Betroffenheit das ist, bzw. Betroffenheit deutlich aufzeigbar ist.
b) es muß unterschiedliche Standpunkte einschließen können.

Jedes Jahr finden im Herbst in der ganzen BRD verschiedene NATO-Manöver statt. Auf den Straßen rollen tausende von Militärfahrzeugen, das Ausmaß des technischen Zerstörungspotentials wird uns direkt vor Augen geführt. Manöver bedeutet, der Krieg wird geprobt in allen möglichen Variationen, für die Zerschlagung innerer Unruhen, für „Vorwärtsverteidigung", Sicherung der Interessen. Wähend dieser Manöver eine breite Aktion zu starten, kann heißen, direkt in Konfrontation mit den Waffen zu agitieren, die von vielen akzeptierte Notwendigkeit von Manöver und vor allem von Rüstung infrage zu stellen. Es können die Energieverschwendung, die Umweltzerstörung (Flurschäden), das Ausmaß von Verflechtung zwischen Kapital und Rüstung angegriffen werden. Wir schlagen die NATO-Herbstmanöver als Aktionsfeld für ein breites Ami-Bündnis vor, auch weil hier eine vielzahl von Aktionen denkbar sind:

Aktionsvorschlag

In einer gemeinsam festgelegten Zeit (eine Woche der Herbstmanöver) werden von allen, die teilnehmen, ihre Aktionen und Aktivitäten gestartet. Bundesweit koordiniert und doch so weit autonom, daß jede Gruppe ihre spezifischen Erfahrungen, Ansätze, Methoden einbringen kann.
Eine genauere Vorstellung für solch ein Aktionsbündnis liegt vor, soll aber erst im Zusammenhang mit der weiteres Diskussion eingebracht werden. Zur Verdeutlichung der Vielfalt, die uns möglich erscheint, nur kurz eine Bandbreite möglicher Aktionen: KDV und ZDL weisen auf ihren Einsatz im Kriegsfall hin, Frauen stellen ihre befürchtete bzw. bekämpfte Rolle dar; Soldaten informieren über ihre Ziele in der Armee; Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Rüstung und Armee, Verbindung zu Kapital und Herrschaft werden herausgestrichen; Trainings für eine soziale Verteidigung könnten real durchgeführt werden (Truppen als Okkupanten); Flurschäden, die Umweltbelastung werden versucht, zu verhindern; in den Städten werden die Straßenund Plätze von Straßentheatern, Sit-in, Unterständen, usw. belegt; Zeitungen, Flugblätter, Unterschriftenlisten mit konkreten Forderungen stehen neben Blockaden vor den Kasernen; Truppenübungsplätze werden „rekultiviert".

Zur Verdeutlichung

Dieser Vorschlag zur Aktion, wie auch die Ausführungen davor sind ein Versuch. Er hat geklappt, wenn ihr reagiert, argumentiert, Vorstellungen, Betroffenheit einbringt, nicht wenn ihr sagt, ja, ihr habt recht oder was soll der Mist.

Diese Reaktion kann über diese Zeitung/Gruppe laufen(intern), genauso (zusammenhängend) kann sie über die untenstehende Kontaktadresse laufen. In Lörrach wird zunächst einmal alles gesammelt, was an Reaktionen kommt und an alle Interessenten weitergegeben. Organisatorische Vorschläge werden extra zusammengestellt und als Konzepte für ein dann notwendiges Treffen (Koordination) vorgelegt. Weiterhin wird die schon angefangene Materialsammlung zu den hier angeschnittenen Themen fortgesetzt werden und mit eventuell ersten Ergebnissen der Reaktionen als Broschüre herauskommen. Jedes Interesse und jede Zusammenarbeit dafür ist erwünscht bzw. muß halt entstehen.

Kontakt:
Diskussionsbeiträge, Vorschläge, Einwände, usw. an die Redaktion des ID und /oder an die vorläufige Koordination „NATO" c/o M. Hoffmann, Basler Str. 9, 7850 Lörrach (Tel. Klaus: 07621/3887 für dringende Nachrichten). Unkostenbeiträge (5,– DM) für die Zusendung der gesammelten Reaktionen und Spenden für die bisherigen Auslagen auf Postscheckkonto Nr. 348 76-758 Karlsruhe, Sonderkonto M. Hoffmann.
Bei der Kontaktadresse kann auch dieser Text als Doppelblatt bestellt werden (Preis: 100 Stück = 12,– DM plus Porto).

WEITER HABE ICH IM AUFTRAGE MITGEFANGENE AUSSPIONIERT...........

Hamburg 18. Januar *Das folgende Protokoll stammt von dem Pakistani Mohammed Sultan, der Gefangener in der Hamburger Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel - kurz Santa-Fu genannt - war, und inzwischen in seine Heimat abgeschoben worden ist. Sultan berichtet darin Mitgefangenen, wie er im Gefängnis vom Sicherheitsinspektor Rettinger zur Bespitzelung, Falschaussage und zum Unterschieben von Drogen erpresst wurde. Das Protokoll ist von Sultan und fünf Mitgefangenen unterschrieben worden und wurde am 12. Dezember 1979 aufgenommen:*

Ort: Justizvollzugsanstalt Hamburg-Fuhlbüttel Am Hasenberge Nr. 26 2000 Hamburg 63 — Datum: 12. Dezember 1979

PROTOKOLL

Es erscheint freiwillig und aus eigenem Antrieb der ausländische Insasse

Mohammed S u l t a n alias A z a d,
geboren am 17.8.1954 in Lyallpur/Pakistan

und gibt zu Protokoll:

„Am 12. Oktober 1978 wurde ich von der Großen Strafkammer 11 des Landgerichts Hamburg in der Revisionsverhandlung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 4 1/2 Jahren verurteilt. In Untersuchungshaft befand ich mich seit dem 28.8.1977.

Heute, am 12. Dezember 1979, werde ich aus der Strafhaft entlassen und soll als unerwünschter Ausländer in mein Heimatland Pakistan abgeschoben werden.

1. Im Juni 1978 wurde ich von dem in dieser Anstalt tätigen Sicherheitsinspektor R e t t i n g e r angesprochen und um Mitarbeit „gebeten". Er kam unter anderem auch auf meine Drogenabhängigkeit zu sprechen und bot mir an, mich und meine kleinen Drogengeschäfte in Ruhe zu lassen, wenn ich ihm aus der knastinternen Drogenszene entsprechende Informationen über Dealer und Konsumenten von Heroin, Haschisch und anderen Suchtmitteln zukommen ließe. Darüberhinaus

versprach er mir, für meine Entlassung nach Verbüßung der halben Strafe zu sorgen. Sollte ich sein Angebot jedoch nicht annehmen, würde er dafür sorgen, daß ich erstens die vollen 4 1/2 Jahre verbüßen müßte und zweitens noch ein Strafverfahren wegen Drogenhandels bekommen würde. Außerdem drohte er mir mit ständigem Aufenthalt auf der Isolierstation „D 1".

Bei diesen Aussichten erklärte ich mich bereit, für ihn zu arbeiten.

2. Wenige Tage nach diesem Gespräch ließ mich Herr Rettinger erneut in sein Büro kommen und erklärte mir, daß er genau wisse, daß Heroin „im Bau" sei. Er gab mir DM 50,– und beauftrage mich, dafür ein Päckchen Heroin zu kaufen und es ihm abzuliefern. Das tat ich dann auch und erzählte ihm, daß ich das Heroin bei dem Insassen Hürgen S a s s e gekauft hätte. Dies war jedoch nicht wahr. Das Heroin stammte von mir selber. Daraufhin wurde Jürgen Sasse auf die Isolierstation „D 1" verlegt, wo er monatelang blieb. Auch ich wurde nach „D 1" verlegt – allerdings nur zum Schein und weil das große Familiensportfest vor der Tür stand. Rettinger traute mir trotz meiner Mitarbeit nicht über den Weg und er vermutete, daß ich während des Sportfestes Drogen hereinbekommen würde.

3. Nachdem ich aus der Isolierstation „D 1" wieder heraus war, machte Herr Rettinger mir klar, daß ich nach wie vor für ihn zu arbeiten hätte. Immerhin hätte er noch das Päckchen Heroin, daß ich für ihn besorgt hatte. Dieses Päckchen und seine Aussage als Beamter würden ausreichen, um mir noch einige Jahre Gefängnis „verpassen" zu lassen.

Da ich unter der Inhaftierung sehr litt und deshalb so schnell wie möglich entlassen werden wollte, erklärte ich mich erneut bereit, für den Sicherheitsinspektor zu arbeiten.

4. So habe ich für Rettinger auch mehrere Aussagen gegen andere Insassen unterschrieben, obwohl ich objektiv nichts gegen diese Insassen vorbringen konnte.

Zeugen des Protokolls:

....

....

....

....

Darunter war auch der wegen Drogenhandels verdächtigte Peter R u p p , der monatelang auf „D 1" isoliert wurde und später in eine andere Strafanstalt abgeschoben wurde.

5. Wegen des großen Umfangs meiner Mitarbeit für den Sicherheitsinspektor Rettinger kann ich heute nur in Stichworten darüber berichten. Zu einem ausführlichen Protokoll aller Geschehnisse reicht die Zeit nicht aus.

So habe ich im Auftrage von Herrn Rettinger dafür Sorge zu tragen, daß bei dem Mitgefangenen Hans B e l l a k sieben Verkaufspäckchen Haschisch gefunden wurden. Dafür bekam Hans Bellak einen Peozeß und wurde zu sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Hans Bellak ist jedoch unschuldig.

Weiter habe ich im Auftrage von Herrn Rettinger andere Mitgefangene ausspioniert und gegen diese auch fingierte Aussagen unterschrieben. So existieren von mir unterschriebene Aussagen gegen folgende Mitgefangene:

Jürgen Sasse, Peter Rupp, Richard Kinateder, Werner Wendt, Dieter Held-Suhr, Dieter Sichardt, Martin Engler, Hans Bellak u.a.

6. Zu meiner Motivation für dieses Protokoll befragt, kann ich sagen, daß ich nun nichts mehr von Herrn Rettinger zu befürchten habe, da ich in wenigen Stunden außer Landes sein werde. Darüberhinaus tut es mir aufrichtig leid, daß ich soviele Insassen ungerechtfertigt beschuldigt habe und daß einer davon sogar mit weiterer Haft bestraft wurde. Meine heutige Aussage soll versuchen, dies alles wieder gutzumachen.

Zum Abschluß möchte ich noch betonen, daß ich diese Aussagen freiwillig und ohne Druck seitens irgendwelcher Peronen gemacht habe, Dies bestätige ich mit meinen Unterschriften als Mohammed Sultan alias Azad:

....

(Eigenhändige Unterschrift)

Protokolliert von:

....

(Dieter Held-Suhr)

AUSZEICHNUNGEN FÜR KANICHENZÜCHTER

Kirchhain/23.1.80

Die Vereinsmeierei der Deutschen erlebte mal wieder einen Höhepunkt. Der Hessische Landwirtschaftsminister W. Görlach streichelte auf der 30. Landesverbandsschau der Rassekanichenzüchter (Hessen–Nausau) die Mitglieder des gleichnamigen Landesverbandes.

Görlach: "Die Hessische Landesregierung sei sich der vielfältigen Funktionen der Kleintierzucht in unserer Gesellschaft bewußt. Sie habe deshalb die Arbeit der Vereine nachdrücklich und mit Erfolg unterstützt. Der Minister bezeichnete es als für den einzelnen Züchter sehr schwierig,in einem so dicht besiedelten Gebiet wie Südhessen die Baugenehmigung für notwendige Stallungen zu erhalten (...) Den Mitgliedern sei es beispielhaft gelungen,die Rassekanichenzucht als eine äußert interesante und befriedigende Alternative der Freizeitgestaltung darzustellen. Zahlreiche Menschen werde die Verbindung zum Tier und zur Natur ermöglicht (...) Görlach benutzte die Gelegenheit der Veranstaltung, um einigen Persönlichkeiten , die sich um die Vereinsarbeit in der Rassekanichenzucht verdient gemacht haben, die Ehrenplakette in Bronze seines Ministeriums zu verleihen.

(aus den Pressedienst des Hessischen Landwirtschaftsministerium)

Doch Genossen, was ist das gefährliche an dieser Entwicklung? Dieses proletarische Freizeitvergnügen der Kanichenzucht reißt sich nun auch der bürgerliche Staat unter seinen Krallen ! Wenn wir diese Entwicklung nicht aufmerksam verfolgen, dann wird einer der letzten autonomen Bereiche des proletarischen Freizeitgestaltung für immer im bürgerlichen Freizeitkomsum untergehen.

Deshalb muß die Forderungen an den Staat lauten:

Hände weg von den proletarischen Kanichenstall !

Aus "Mauern" (Vo

n Schaewen).



IRAN: Botschaft oder Spionagezentrum?

Neue Geheimdokumente aus der besetzten US-Botschaft in Teheran

In dieser Ausgabe des ID setzen wir unsere Serie der Veröffentlichung von Geheimdokumenten aus der besetzten amerikanischen Botschaft in Teheran fort (siehe ID 315). Diese Dokumente wurden im Iran der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, doch unseres Wissens hier niemals veröffentlicht.
Diese Dokumente belegen, daß die Funktion der amerikanischen Botschaft nicht nur in der Ausstellung von Pässen und Visa bestand (wer will es bezweifeln?), sondern hauptsächlich aus Spionage, sprich "Aufklärung". Und auch hier, wie in "Sachen" Afghanistan (siehe ID 317) ist zu fragen, warum die allen zugänglich gemachten Dokumente in den bürgerlichen Medien unterbleiben. Das Argument, es würde den Geiseln schaden, zählt nicht. Den Geiselnehmern sind die Inhalte der Dokumente längst bekannt. Also, wir veröffentlichen es jedenfalls.
Zu den Informationen sind noch folgende Erläuterungen und Begriffserklärungen notwendig:

Foreign Office: Außenministerium. Charge: ist der Stellvertreter des Botschafters (Laingen), der die Funktion des Botschafters als Stellvertreter desselben ausfüllte, während der Botschafter selbst schon einige Zeit vor der Krise im Iran zurückgerufen wurde. Laingen befand sich zur Zeit der Besetzung gerade im iranischen Außenministerium und steht dort unter „Schutzhaft"

Nach der Dokumentation der uns zugänglichen fünf Dokumente folgen drei weitere Geheimprotokolle (deren Echtheit wir nicht nachprüfen können, da wir nicht im Besitz der in Teheran sich befindlichen Dokumente sind), die uns über Umwegen aus Teheran zugingen. Diese geheimen Protokolle wurden vom Englischen ins Persische übersetzt, zwei von ihnen über Rundfunk verbreitet und mitgeschnitten, dann wieder zurück ins Englische und schließlich ins Deutsche übersetzt, wobei zu berücksichtigen ist, daß Übermittlungs- und Übersetzungsfehler nicht zu vermeiden waren. Einzelne Begriffe wie "Spionagestelle", wie sie wahrscheinlich nie in einem amtlichen US-Dokument vorkommen, hießen vermutlich ursprünglich im Englischen Text „Intelligenz-Agentur", was wiederum mit „Geheimdienst-Büro" zu übersetzen wäre.
Die im folgenden jeweils kursiv gesetzten Kommentare und Erläuterungen sowie die Übersetzung aus dem Amerikanischen sind von Max Watts.
DON CAMILLO/ID

* *

DOKUMENT 1 - GEHEIM -

Dokumente, die eigentlich jedem amerikanischen und deutschen Journalisten zur Verfügung stehen sollten, aber die bis jetzt unterbliebene Nachric hten blieben:
Wußte die amerikanische Regierung, daß die Erlaubnis, den Schah nach Amerika einreisen zu lassen, eine heftige Reaktion in Teheran auslösen würde? Dies scheint vorausgesehen worden zu sein, wenn wir den Wechsel der Telegramme zwischen State Department (Außenministerium) Vance und dem Stellvertretenden Botschafter (Chargé Laingen) in Teheran betrachten. Es ist klar, daß schon im Juli Druck in den USA ausgeübt wurde , den Schah in die USA hineinzulassen und daß der Stellvertretende Botschafter in Teheran davor warnte, daß so eine Aktion in Teheran fast als feindseliger Akt betrachtet würde, der durch eine Aktion gegen die Botschaft beantwortet werden könnte.

Max Watts

* *

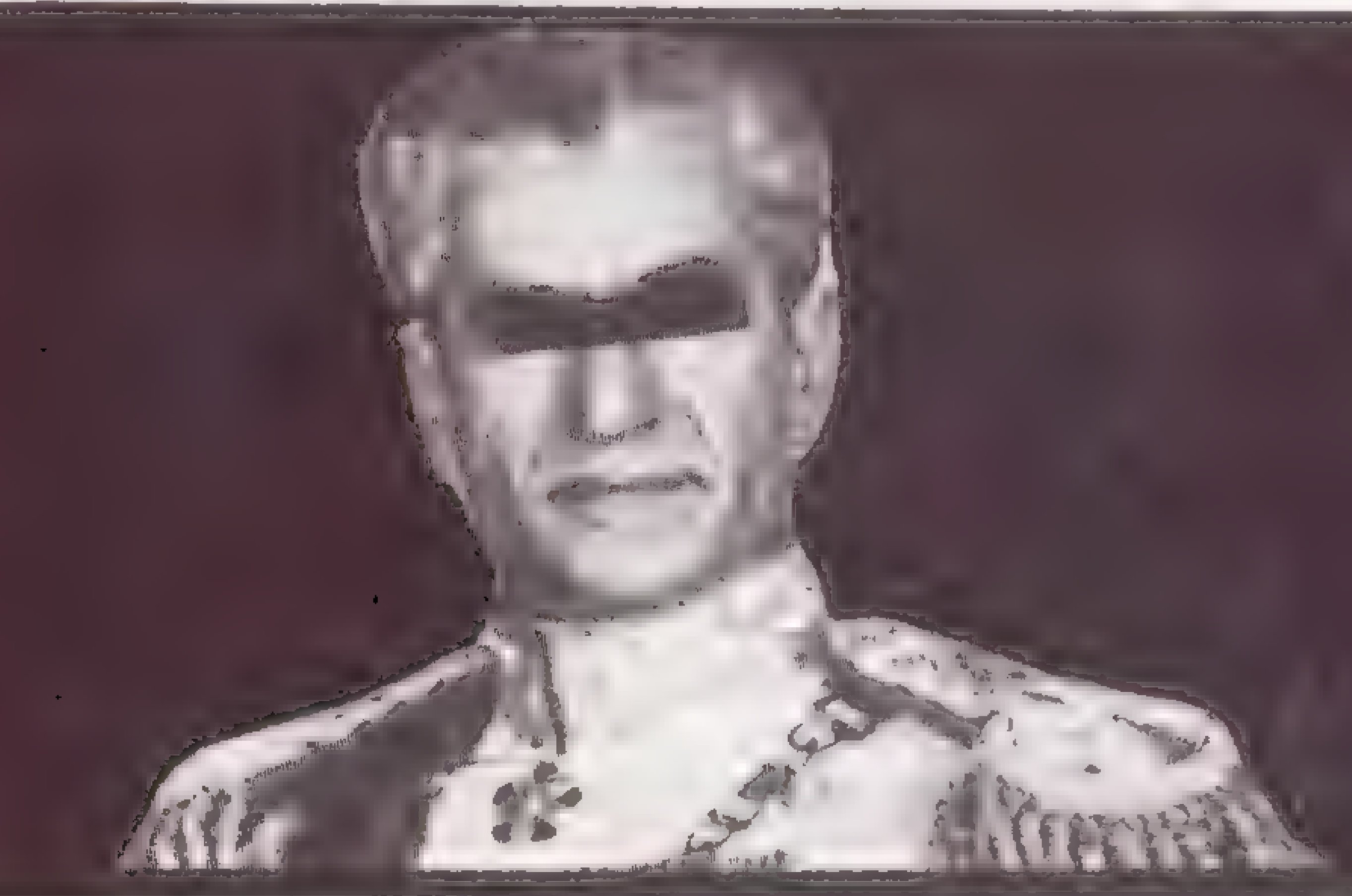
Telegramm vom 26. Juli 1979

NNNV — ESBC 1 BBRA 993
00 — RUQMHR
DE RUBFSD = 4782 — 2 BB & 132
zny — SSS&2E
0 262357 z JUL 79 ZFF4ZDK DUE LACK OF ACKNOWLEDGEMENT
FM SECSTATE WASH — DC
TO AMBASSY — IMMEDIATE 3712
bt
S E C R E T STATE — 194732

,Betr.: Der Wunsch des Schahs, sich in den USA niederzulassen.

I. Wir beraten wieder darüber, wie wir die ununterbrochenen Fragen des Schah's beantworten können, die bei uns über verschiedene Kanäle ankommen, daß er eine Residenz für sich, die Schahbanu (seine Frau, d.Red.) und seine Familie in den USA einrichten will. (Er kann in Mexiko mindestens den Oktober durch bleiben.). Ich hätte sehr gerne Ihre persönliche und private Einschätzung, welche Auswirkung so eine Aktion für die Amerikaner im Iran (insbesondere die beamteten Amerikaner im Botschaftsviertel) als auch auf unsere Beziehung zu der Regierung im Iran haben würde.
II. Würde Ihre Antwort zur Frage des Punkt eins anders sein, falls (A) der Schah und seine Erben auf den Anspruch des Throns verzichten würde oder (B), daß er einverstanden wäre, politischen Aktivitäten aller Art abzuschwören und daß dies öffentlich bestätigt würde.

III. Wir verstehen natürlich ganz, daß die Schlüsselfrage, wie die Wirkung der Zulassung des Schahs in die USA gering zu halten wäre, die folgende ist: Können und wollen Bazargan (damaliger Premierminister, d.Red.) und seine Regierung die Sicherheitskräfte kontrollieren, die unsere Staatsangehörigen und die iranisch-amerikanischen Beziehungen bewachen?"



"Da diese Frage sehr geheim in Washington diskutiert wird, würde ich Sie bitten, daß Sie diese Nachricht absolut niemandem in Ihrem Stab mitteilen würden. Bitte schicken Sie Ihre Antwort NODIS/CHERKEE für den Außenminister.

S.VANCE Mit den besten Wünschen
B.T."

Aus diesem Telegramm des US-Außenministers geht hervor, daß die amerikanische Bevölkerung keineswegs über die Schwierigkeiten informiert werden dürfe, die eine Einreise des Schahs in die USA mit sich bringen würde (besonders für die Botschaft in Teheran).
Die direkte Antwort auf dieses Telegramm vom 26. Juli fehlt, aber zwei Monate später schickte Laingen (Stellvertr. Botschafter, d.Red.) über dieselbe Sache einen weiteren Kommentar an das State Department. Er kabelte in dieser Antwort an das State Departement eine erneute Warnung, daß die Einreise des Schahs in die USA die Beziehungen zwischen den USA und Iran sich wieder verschlechtern würde.

Max Watts

DOKUMENT 2 - GEHEIM -

SECRET-NODIS CHEROKEE TEHRAN 1050 6
DE RUQMHR 0506 273 ** CLASS:SECRET
ZNY SSSSS ZZH CHRGE: STAT 9/30/79
0 321328Z SEP 79 APPRV: CHARGE: LBLAINGEN
FM AMEMBASSY TEHRAN DRFTD: CHARGE: LBLAINGEN
TO SECSTATE WASHDC IMMEDIATE 3998 CLEAR: NONE
BT DISTR: CHARGE
S E C R E T TEHRAN 10506
NODIS CHEROKEE
FOR NEWSOM FROM CHARGE
E.O. 12065: GDS 9/30/99 (LAINGEN, L.B.) OR-M
TAGS: PINT, IR, US, MX
SUBJECT: THE SHAH OF IRAN
REF: STATE 256811

Telegramm 256811 vom 3.9.79

von Laingen an den Staatssekretär des US-Außenministeriums

"Betr.: Der Schah vom Iran

1. (der ganze Text geheim)
2. Ich kann nicht sagen, daß es bis jetzt irgendwelche wichtige Änderungen gegeben hat in der Art der öffentlichen und offiziellen Reaktion durch die Einreise des Schah in die USA, die anders wäre, als das, was ich Ihnen im späten Juli übermittelt habe (Teheran 7930). Der Zeitplan für die Verfassung (des Irans, d.Red.) hat sich verschoben und es ist unwahrscheinlich, daß eine neue Regierung vor Ende dieses Jahres gebildet wird. Unsere eigene Beziehung (zum Iran, d.Red.) verbessert sich aber nur langsam, und sie ist jetzt noch nicht so stabil, daß sie den Ansturm gut überstehen würde, den die Einreise des Schahs in die USA auslösen könnte.

3. In der Zwischenzeit ist der Klerus hier im Aufschwung, und ich fürchte, daß dies die öffentliche Atmosphäre verschlechtert, was irgendeine Geste unsererseits gegenüber dem Schah betrifft. Dies macht die sehr strenge Bemerkung von Chomeini in Sachen Schah in seinem angeblichen Interview mit Oriana Fallaci in der vergangenen Woche deutlich; in diesem denunzierte er den Schah als einen Verräter, der in den Iran zurückgebracht werden und öffentlich für 50 jahre Verbrechen gegen das iranische Volk vor Gericht gestellt werden müsse.

4. Aufgrund dieser Atmosphäre und den öffentlichen Schaustellungen über den Schah bei denen, die die öffentliche Meinung hierzulande beeinflussen oder kontrollieren, glaube ich kaum, daß die Krankheit des Schahs viel verbessern würde. Wahrscheinlich wäre unsere eigene Position leichter zu verteidigen, wenn man sieht, daß wir ihn unter ganz humanitären Überlegungen einreisen lassen.

5. Davon ausgehend, ist es, wie sie erwähnen, von der größten Wichtigkeit, daß wir vorher ohne Öffentlichkeit mit der Regierung sprechen, falls wir vorhaben, ihn einreisen zu lassen, selbst für eine sehr kurze Zeit. Falls wir doch vorhaben, so eine Aktion zu machen, und falls die Sache dringend ist, wäre es ganz klar die beste Methode, um zu etwas Zusammenarbeit mit der Regierung des Irans zu kommen, wenn der Staatssekretär die Frage mit YAZDI (1. Stellvertreter Bazargans, dann Außenminister, d.Red.) aufwirft, den er am 3. Oktober trifft.

LAINGEN
B.T."

Wahrscheinlich hat die US-Regierung mit der iranischen Regierung über diesen Fall nicht gesprochen. Der Schah wurde angeblich aus Krankheitsgründen in die USA eingelassen. Er wollte ja - wie es aus dem ersten Telex hervorgeht (v.26.Juli, also zu einer Zeit, wo von seiner "Krankheit" noch keine Rede war) - seinen Wohnsitz ständig in den USA haben.
Der Schah wurde trotz Laingens Warnungen aufgenommen und - wie vorausgesehen - wurde die Botschaft besetzt. Daraufhin gingen in Amerika die Kriegstreiber ans Werk. Obwohl es vorher klar war, daß so eine Aktion gegen die Botschaft abzusehen war, wurde die Botschaft nicht vorher, wenigstens bis auf ein Minimalpersonal evakuiert. *MAX WATTS*

Die gute Arbeit des Captain Hollington

Daß sich die amerikanische Botschaft auch sehr für die Lage im iranischen Militär interessierte, ist aus dem folgenden Telegramm zu ersehen, von dem wir nur eine Kopie haben. Eine Beschreibung eines amerikanischen Offiziers in der Botschaft, Naval Attaché Captain Hollington, der eine sehr gute Arbeit (aber nicht gut genug!) geleistet hat, indem er nicht nur über die Spannungen und Spaltungen in der iranischen Flotte berichtet, sondern außerdem dort auch enge Freundschaften geschlossen hat.

Max Watts

DOKUMENT 3

Kommentar aus einem in der Botschaft gefundenen Dokument, in dem es über Captain Hollington heißt:

"Captain Hollington war (Kriegs-)Marine-Attache in der amerikanischen Botschaft im Iran während der Periode, die zur Revolution führte. Während mehrerer Monate, in denen sich die Revolution entwickelte, berichtete er mit großer Genauigkeit über die wichtigen Veränderungen, die in der iranischen Flotte vor sich gingen. Durch seine Freundlichkeit und seine Fähigkeit, schnell enge Freundschaften zu entwickeln, konnte er dem Geheimdienst genaue, rechtzeitige Berichte geben. Innerhalb einiger Wochen war es ihm möglich, einen sehr nützlichen direkten Draht zu bekommen. Er beobachtete und berichtete kritisch über die Spannungen und Spaltungen, die in der iranischen Flotte gerade entstanden . . . Captain Hollington ist als ein außergewöhnlicher Offizier zu bewerten, der als ein wirklicher professioneller und sehr kompetenter Attache bei seinem Gegenspieler angesehen wird. Sein persönliches Auftreten war normalerweise durch ein hohes Maß an Haltung, Benehmen und Höflichkeit gekennzeichnet, daß das Bild dieses Flottenoffiziers noch erhöhte. Seine direkte und sachkundige Unterstützung der militärischen Mission in Teheran vergrößerte insgesamt die Effektivität des Attaché-Office. (unterstreichung im Original, d.Red.)

U.S. DEFENCE ATTACHE OFFICE — REVISED BY:
APO NEW YORK 09205 — J.O. TUTTLE
RADH:U.S.NAVY
ASSISTANT VICE DIRECTOR"

Die Wirksamkeit des Attache-Office war wohl nicht groß genug, die Entwicklung der iranischen Flotte in Richtung Revolution zu bremsen. Die amerikanischen Behörden konnten die Situation nicht einmal korrekt voraussehen. Ihr Vorgesetzter Jimmy Carter setzte noch im Dezember 78 auf den Schah.
Max Watts

DOKUMENT 4 - VERTRAULICH -

DE RUQMHR 1460 303 — CLASS: CONFIDENTIAL
ZNY CCCCC ZZH — CHRGE: STAT 10/30/79
0 301309 Z OCT 79 — APPRV: CHARGE: LBLAINGEN
FM AMEMBASSY TEHRAN — DRFTD: POL: EAS IFT: EM
TO SECTATE WASHDC IMMEDIATE 4549
BT — CLEAR: POL: VLTOMSETH
CONFIDENTIAL TEHRAN 11460 — DISTR: POL: — 2 CHARGE BCO F CHRON
E.O. 12065: GDS 10/30/85 — (TOMSETH, V.L.) OR -P
TAGS: PINT, IR
SUBJECT: MEETING WITH RADICAL MOVEMENT LEADER MOGHADAM-MARAGHEIE

Telegramm vom 3.10.79

„Betrifft: Treffen mit dem führenden Radikalen Moghadam Maragheie

1. der ganze Text vertraulich.
2. Zusammenfassung: Der Radikalenführer, Moghadam, gab dem Departement-Beamten PRECHT seine Ansichten über die Frage der gegebenen politischen Lage wieder und schlug vor, daß der Chargé (Stellvertr. Botschafter Laingen, d.Red.) Chomeini besuchen solle, um die Iraner zu überzeugen, daß die amerikanische Regierung (USG) die Revolution akzeptiert. (Ende der Zusammenfassung, d.Red.)
3. Während einer Diskussion am 29. September, die über eine Vielfalt von Gegenständen ging, hat der Radikalenführer RAHMATOLLAH MOGHADAM MARAGHEIE, ein Mitglied des Rats der Experten, der die Verfassung prüft, zu der Frage, wie die USA ihre Beziehungen mit dem Iran verbessern könnten, wie folgt geantwortet, daß er stärkstens empfiehlt, daß der Chargé (Laingen, d.Red.) Chomeini sobald als möglich besuchen sollte. Moghadam schien besorgt, daß die USA seit Mai keinen Versuch machte, eine Verabredung zu verlangen und schlug vor, daß, was immer die Schwierigkeiten sein sollten, die USA sofort eine Verabredung verlangen sollten. Moghadam wies darauf hin, daß "die Zeit niemals richtig" sein würde und daß Chomeini jetzt alt, ganz unflexibel und starr ist. Trotzdem sollte Chomeini plötzlich sterben, bevor die USA einen Besuch gemacht hätte, würden sogar Gemäßigte, die Chomeini nicht einmal voll unterstützen, doch die USA kritisieren und sagen, daß der Mangel eines Treffens ein Zeichen des mangelnden Einverständnisses mit der Revolution sei. Viele würden den USA für den Tod Chomeinis die Schuld geben.
4. Moghadam war hoffnungsvoll, aber nicht besonders optimistisch über die politische Lage. Er fühlt, daß Chomeini zu diesem Zeitpunkt die Treue der Massen hat und daß er über dieletzten paar Wochen mehr und mehr einen härteren Standpunkt gegenüber der islamischen Republik eingenommen hat. Chomeini ist dabei, die Intellektuellen zu entfremden. Moghadam glaubt, daß Chomeini dies bald verstehen und daß er die Situation verbessern wird. Moghadam sagte, daß er Chomeini unterstützt, und die Idee von der VAL IATH—E—TAQIH (die Führung der Rechtsgelehrten, wobei in letzter Instanz Chomeini entscheidet, d.Red.). Aber er glaubt, daß FAQIH keine politische Macht haben sollte. Moghadam sagte, er denkt, daß die Verfassung in 3 - 4 Wochen vom Rat der Experten fertiggestellt werden würde. Als Antwort auf eine Frage PRECHTS, sagte er (Moghadam, d.Red.), er habe mit BEHESHTI über mögliche Anderungen des Entwurfs (der Verfassung, d.Red.) gesprochen. Dazu sagte BEHESHTI, er wäre bereit, die schon fertigen Artikel noch einmal zu überprüfen, falls sie unstimmig wären. Moghadam bemerkte, daß der Premierminister Bazargan ihm



früher die gleiche Frage gestellt hatte wie PRECHT. Moghadam hat wenig Hoffnung, daß die jetzige Form der Verfassung verändert wird. Er hatte nicht das Gefühl, daß die Abstimmung zu der Verfassung oder den Wahlen bald abgehalten werden, wenn man die Probleme in Kurdistan in Betracht zieht. Wenn der Text nicht verändert wird, insbesondere über die Verordnung der SUNNI–SHIA (Beziehung von Sunniten und Shiiten, d. Red.), ist es möglich, daß die Volksabstimmung nicht gut für die Regierung ausgehen würde.

5. Moghadam sagte, daß viele Leute zur Zeit SHARIAD MADARI (zweiter Mann nach Chomeini, d.Red.) für seine mangelhafte Führerschaft kritisieren. Dies sei unfair, und es wäre die falsche Zeit, da Chomeini gegenwärtig zu stark sei, als daß SHARIAT MADARI gegen ihn opponieren könne. **Diese Zeit wird kommen, deutete Moghadam an, denn die ASERBEIDSCHANEN warten nur auf ein Signal von ihm** (gemeint ist Shariat Madari, d.Red.)" (Hervorhebung durch d.Red.)

(Anmerkung: Hier ist ersichtlich, daß zu diesem Zeitpunkt Moghadam mit einer feindseligen auswärtigen Macht die Möglichkeiten einer Gegenrevolution unter der Führung von Shariat Madari diskutiert und der amerikanischen Staatsmacht Ratschläge gibt: das könnte man ohne weiteres als Hochverrat betrachten.) Es wäre ungefähr so, als wollte ein führender Politiker in der BRD mit den Russen über Möglichkeiten eines erfolgreichen Regierungsumsturzes diskutieren.

Max Watts

"6. Als Moghadam über die Möglichkeiten für Frieden in Kurdistan gefragt wurde, sagte er ganz kraß, daß er keine Möglichkeiten dafür sähe, daß die jetzigen Friedensbemühungen der Regierung erfolgreich sein könnten. Hätte die Regierung diese Art von Bemühungen vor sechs Wochen gemacht, wäre das vielleicht gegangen, aber jetzt sah er keine Möglichkeiten mehr. Er könne keine Lösungen für den Frieden geben.
7. Am Ende der Unterhaltung drängte Moghadam, daß mehr Besucher, sowohl Beamte als auch Zivile wie RAMSAY CLARK und RICHARD COTTAM in den Iran geschickt werden, um mit den Iranern aller politischen Richtungen in Kontakt zu bleiben. (Ramsay Clark ist ein liberaler amerikanischer Politiker, der während des Vietnamkrieges aus Protest von seinem Amt als Justizminister zurückgetreten ist, d.Red.)

LAINGEN
B.T.
1460 VERTRAULICH TEHERAN 11460"

DOKUMENT 5 - VERTRAULICH -

vom 16.11.78

Das folgende Dokument stammt aus einer viel früheren Zeit (November 78) und ist insoweit interessant (leider ist es eine sehr schlechte Kopie, die teilweise unleserlich ist), weil es schon damals zeigt, wie einfach es für die amerikanischen Geheimbehörden war, mit der politischen Opposition in Teheran zu diskutieren. Dieses Dokument wurde zu einer Zeit geschrieben, als der Schah noch im Amt war und sogar noch vor dem Zeitpunkt, als Carter ihn telephonisch unterstützend anrief. (Anm.: LIMDIS=LIMITED DISTRIBUTION - begrenzte Verteilung)

Max Watts

AMEMBASSY TEHRAN CONFIDENTIAL
E.O. 11652 ACTION: SECSTATE WASHDC
TAGS:
SUBJECT: CONFIDENTIAL TEHRAN
ACTION:
LIMDIS
POL: 3
AMB E.O. 11652: GDS
DCM TAGS: PINS, IR
ECON-2 SUBJ: DISCUSSIONS WITH OPPOSITION MODERATED AND LOYALISTS
PM
XGA
OR
ORU

"Betrifft: Diskussion mit gemäßigten Regierungsgegnern und Loyalisten

1. Vor kurzem (an zwei Nächten hintereinander, d.Red.) hat der politische Berater sich mit MOHAMMAD DERAKHSHESH, Chef der Lehrergewerkschaft, und mit Senator MOHAMMAD ALI MASSOUDI, Führender Unterstützer von SHARIF EMAMI und Schah-Loyalist, getroffen. Die Unterhaltung mit Derakhshesh ging über viele Ereignisse. In den letzten 17 Jahren war er nicht mehr aktiv an der Regierung beteiligt. Nachdem er als Erziehungsminister eingesetzt war, hatte er das Angebot für diesen Job im ALAM-Kabinett damals zurückgewiesen. Er wurde ungefähr vor einer Woche aus dem Gefängnis entlassen. Er hat dort zwei Wochen verbracht, meist in einem Militärgefängnis, weil er Blutdruckprobleme hat. Er wurde von den Kriegsrechtbehörden wegen oppositioneller Äußerungen verhaftet. Als Führer einer Gewerkschaft, die aus 400 000 Lehrern im ganzen Land besteht, die können von seiner Organisation . . . (unlesbar, d. Red.) . . . Er betrachtet Leute, die in den letzten sieben Jahren in Regierungspositionen waren, als moralisch korrupt. Auch wenn sie nicht in jedem Falle finanziell . . . (unlesbar, d.Red.) . . . aber korrupt. Er geht von seiner eigenen Erfahrung aus, als sein Gehalt für mehrere Jahre gestrichen wurde und er vom Einkommen seiner Frau leben mußte. Jedoch scheint ihn all dies nicht zu sehr verbittert zu haben und der politische Berater sowie der besuchende INR-Department-Offizier (INR=Geheimdienst des Auswärtigen Amts, d.Red.) waren beeindruckt von seiner Bereitschaft, einem mittleren Kurs zu folgen, der sein Land vor den polarisierenden Extremen, in die die Situation gerade gleitet, würde retten können. Er drückte sein Interesse aus, mit der Botschaft in Kontakt zu bleiben."

(Das Interview mit dem Senator Massoudi, einem Schahloyalist, d. Red.)
"3. Massoudi war hinter den Kulissen zur Unterstützung von Premierminister SHARIF–EMAMI aktiv und bleibt weiterhin aktiv (in Kontakt, d.Red.) mit vielen Gegnern und mit Loyalisten (Schah-stützenden Elementen, d.Red.). Er sagt, daß viele Iraner Loyalität für den King fühlen (gemeint ist der Schah, d.Red.), obwohl sie das Gefühl haben (unleserlich, d.Red.), daß er viele Fehler gemacht hat. Massoudi und seine Töchter redeten langatmig über die Sünden der Leute, die den König in den letzten zehn Jahren umgaben und die Gewinn aus ihrer Rolle als Vermittler zwischen dem König und seinem Volk zogen. Howeida insbesondere wurde schwer kritisiert.
4. Wir berichteten über diese zwei Treffen, um zu zeigen, wie kompliziert die iranische Lage zu diesem Zeitpunkt ist. Es gibt eine Mischung von Bevölkerungsgruppen, die sehr gerne irgendeinen Kompromiß sehen würden, um den Schah zu behalten und die einen totalen Sieg für die Chomeini-Kräfte vermeiden möchten. Viele dieser Leute sind überzeugt, daß die Kommunisten jegliche Nachfolge-Regierung evt. übernehmen werden und dies trotz ihrer kleinen Rolle in der jetzigen Opposition. Andere wollen das vermeiden, was sie als religiösen Fanatismus sehen. Alle erkennen die Schlüsselrolle, die die Streitkräfte spielen werden, was immer die Entwicklung der jetzigen Lage sein könnte.

SULLIVAN"

DRAFTED BY: POL: GB LAMBRAKIS
DRAFTING DATE: 11/16/78
TEL.EXT.1110
CONTENTS AND CLASSIFICATION APPHOV
MIN: CWNaas

Bei diesem vertraulichen Dokument vom 16. November 78 (abgesandt am 18. Nov.) wird wiederum klar, welche Wichtigkeit man den Streitkräften beimißt (siehe auch Dok. 3)
Es ist gut, daß wir ja wissen, daß die amerikanische Regierung sich immer für Demokratie und Menschenrechte einsetzt - sonst könnte man leicht den Eindruck gewinnen, daß man auf eine Militärdiktatur hofft.

Max Watts



Die folgenden Protokolle sind ebenfalls in Teheran veröffentlicht worden. Wir bringen diese aber mit der Einschränkung zur Veröffentlichung, daß wir darauf hinweisen, daß uns darüber keine Originaldokumente zur Verfügung stehen.

"Die Visastelle als Spionagestelle"

Teheran, im Dezember 79

Die Besetzung der US-Botschaft in Teheran durch die islamischen Studenten der "Chomeiny-Linie" geht mittlerweile in die elfte Woche. Jedoch werden Dokumente aus dieser Botschaft sehr spärlich aber dafür sehr gezielt veröffentlicht. Ganz gezielt ging man beispielsweise im Falle des früheren Regierungssprechers und späteren Botschafters in Stockholm, (für ganz Europa zuständig) AMIR ENTEZAM vor. Die Besetzer warteten, bis Herr Botschafter wieder einmal nach Teheran zurückkehrte, um folgende Auszüge von Akten zu veröffentlichen:

"Die CIA bittet den Geschäftsführer der Botschaft in Stockholm AMIR ENTEZAM auszurichten, daß wir für den Informationsaustausch für die Zeit nach dem 10. September 79 vorbereitet sind."
"Ich erkundige mich nach seiner (ENTEZAMS) Ernennung als Botschafter in Schweden. Er antwortete: "es ist für uns leichter in Stockholm zu sprechen. Wir dachten ursprünglich, es gelänge uns in wenigen Monaten die Probleme zu lösen, aber diese Leute (gemeint sind die islamischen Kräfte) mischen sich weiterhin ständig ein." "
"ENTEZAM war optimistisch, daß seine Reise nach Schweden nicht das Ende des Kommunikationskanals zwischen Iran und USA bewirken wird. Er sagte sogar, daß der Kontakt leichter sein wird und daß wir dort besser sprechen könnten, als in Washington oder Teheran. Er wird auch regelmäßig nach Teheran kommen, alle zwei Monate. Als er nach der Ernennung eines Botschafters für die USA gefragt wurde, sagte er, daß es noch einige Monate in Anspruch nehmen würde und er optimistisch sei, daß er selbst für diesen Posten ernannt werden würde."

Daraufhin wurde ein Haftbefehl erlassen und ENTEZAM wurde festgesetzt. Als die Studenten der "Chomeiny-Linie" begannen, die gesamte Nationalfront, deren Mitglied ENTEZAM war, zu verdächtigen, Kontakte zu den USA zu haben, erbosten sich BAZARGAN (früherer Premierminister) und GHOTBZADEH (Fernseh- und Auslandschef) gleichzeitig, und die Studenten der „Chomeiny-Linie" mußten wieder hinter dieselbige zurückweichen. Offenbar hatten sie ihre Möglichkeiten überstrapaziert.

Sie sind anscheinend nicht so stark, um selbst enge Mitarbeiter Chomeinys, die in der Nationalfront sind, unter Druck zu setzen, auch wenn diese in ihren Augen „westlich" sind. Die rechten islamischen Kreise können an Chomeiny nicht vorbei, obwohl sie die frühere „verwestlichte" Regierung stark attakiert hatten, eine Regierung aber, die von Chomeiny selbst ernannt worden ist und deren Mitglieder zum Teil heute noch im Revolutionsrat sitzen. Hier endet anscheinend die Macht und der Einfluß jener Ayatollahs, die eine volle Islamisierung des Landes, auch was künftige Regierungen angeht, propagieren. Vertreter dieser Richtung sind beispielsweise die Ayatollahs Beheschti und Montazeri, beide saßen der verfassungsgebenden Versammlung vor und beiden werden führende Positionen im Revolutionsrat zugeschrieben.

Bei den folgenden Dokumenten handelt es sich um ins persische übersetzte Botschaftsakten, die von den Besetzern in den Mittagsnachrichten des Teheraner Rundfunks Anfang Dezember verlesen wurden:

„15.9.79 – GEHEIM –
Colonel SHIFFER, Military Defence Attache in der Air Force: an alle US-Defence Attaches in Teheran

Bezug: Konsulatsleiter Morfield in der gleichen Sache vom 19. (?) .79:


Betr.: Bedingungen für die Annahme von Empfehlungsschreiben für auszustellende Visa.

Die US-Militärattaches können Empfehlungen für folgenden Personenkreis ausstellen:

a) Angehörige der Armee, Gendamerie und Polizei mit Dienstgraden höher als Major
b) Angehörige des Flugverkehrswesens des Landes
c) Ranghohe Iraner und ausländische Diplomaten, die in direkter Zusammenarbeit mit den Büros der US-Militärattaches stehen.

Freunde des obengenannten Personenkreises fallen nicht unter diese Bestimmungen. Empfehlungen werden nur für jene Personen angenommen, die nützliche Spionageinformationen für die USA haben. Die Antragsteller, die obengenannten Anforderungen nicht erfüllen, aber wichtige Positionen haben (wie Techniker der Luftwaffe – die uns wertvolle Informationen verschafft haben), sollten von Col–SHIFFER bestätigt werden. Bewerber, die obengenannte Bestimmungen unter a), b) oder c) erfüllen, sollten durch den Defense-Attache oder seinen Stellvertreter bestätigt werden, bevor sie zum Konsulatsbüro gehen. Die Visaabteilung kann als Spionagestelle verwendet werden. Es sollte beachtet werden, daß die Ausgabe der Visa nicht auf eine persönliche Basis gestellt wird. Diese Personen sind für uns nur dann wichtig, wenn sie Spionage oder wertvolle Informationen für uns liefern oder einen Weg bieten, solche Informationen zu bekommen. Ich erwarte mit hilfe dieses Austausches (Tausch von Informationen gegen Visa) gute Berichte. Das Büro des Militärattaches sollte nicht mehr als fünf Empfehlungen pro Woche ausstellen. Personen, die nach a), b) oder c) nicht qualifiziert sind, aber enge Freunde des Attaches sind, können eine „interview card" für das Konsulat erhalten. In jedem Fall sollte nicht mehr als eine Karte pro Tag vom Attache herausgegeben werden.

gez.: THOMAS SHIFFER"



„Okt. 79 – GEHEIM –
Foreign Office – Washington
an: Botschaften in Teheran, Rom und Frankfurt

Betr.: Beachtung bei der Ausstellung von Visa für Angehörige des früheren Regimes.

Das Foreign Office ist immer noch der Meinung, daß, wenn der Leiter des Konsulats Elemente des früheren Regimes für die Ausstellung eines Visums für nicht geeignet hält. die Meinung des Sicherheitsberaters oder die letzten Unterlagen über diese Person vom Foreign Office oder anderen Informationsquellen erbeten werden sollte.

gez.: Vance"

Letzteres Dokument bestätigt noch einmal, daß „Elemente des früheren Regimes" sich an die US-Botschaft in Frankfurt gewendet haben, wie es auch seit längerem bekannt ist, daß sich Mitglieder der Schahfamilie hier aufhalten.



CARLO FIORONI UND DIE NEUE VERHAFTUNGSWELLE IN ITALIEN

Eine Woche nach der Einführung von Spezialgesetzen gegen den "Terrorismus" begann am 21.Dezember 79 in ganz Italien eine neue Verhaftungswelle gegen Mitglieder aus der Autonomia operaia. Von der Zahl der Verhafteten her ist sie vergleichbar mit den Festnahmen am 7. April 79 – dem Tag, an dem Toni Negri, Oreste Scalzone und andere Theoretiker der italienischen Autonomia verhaftet wurden.

Die neuen Verhaftungen wurden durch die Aussagen Carlo Fioronis ausgelöst. Dieser war lange Zeit in der ehemaligen Gruppe Potere Operaio aktiv und ein guter Freund Toni Negris. Er wurde schon 1974 in Zusammenhang mit der Entführung und Ermordung Carlo Saronios verhaftet und zu insgesamt 29 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Ermordung Saronios 1974 hatte die moralische Glaubwürdigkeit der italienischen Guerillagruppen schwer angeschlagen: Carlo Saronio, Sohn eines Industriellen, war selbst ein aktiver Genosse und ein Freund jener Leute, die ihn entführt haben, um mit dem Lösegeld den bewaffneten Kampf zu finanzieren. Bei der Entführung begingen diese allerdings den - in der italienischen Guerilladiskussion inzwischen berüchtigten - "technischen Fehler": Saronio wurde mit zuviel Chloroform betäubt und starb.

Fioroni wurde kurz nach der Ermordung Saronios verhaftet, als er versuchte, das erpreßte Geld über die Vermittlung von Mafialeuten gegen "sauberes" zu tauschen. Daran schließt sich eine weitere, moralisch sehr schwerwiegende Geschichte an: den Umtausch des Lösegeldes in Reggio Emilia hatte der 20jährige Alceste Campanile, ein Genosse von Lotta Continua, gesehen. Kurze Zeit später wurde Campanile außerhalb von Reggio tot aufgefunden.

Überall hieß es, er sei ein Opfer von Faschisten geworden; große antifaschistische Demonstrationen folgten auf seinen Tod. Daß Alceste Campanile ein Opfer des Guerillakampfs ist, wurde verschwiegen, obwohl es eine Reihe von Genossen wußten. Warum er letzten Endes ermordet wurde, bleibt unklar; es ist doch wohl keine Begründung, daß er in einem bestimmten Sinn Mitwisser war.

Erst vor einem Jahr machte die Zeitung Lotta Continua bekannt, daß es nicht die Faschisten, sondern die Guerilla war, die Alceste Campanile ermordete. Die Genossen von Lotta Continua bestehen aber darauf, daß sie die Namen der Beteiligten und die genauen Todesumstände nicht kennen.

Die jetzigen Aussagen Fioronis sind in ihrer Funktion vergleichbar mit denen des Raf-Kronzeugen Ruhland: sie beziehen sich nicht nur auf die Ermordung Saronios und Campaniles, sondern den gesamten Zeitraum von 1970 bis 1974, auf die Anfangsphase des bewaffneten Kampfs in Italien, auf angebliche Verbindungen von Potere Operaio bzw. später der Autonomia operaia mit den Guerillagruppe um Feltrinelli und mit den Roten Brigaden. Was an den 150 seitigen Aussagen konkret stimmt und was gelogen ist, ist unbekannt.

Fioroni selbst versteht sich nicht als gekaufter Kronzeuge, sondern will seine Aussagen gemacht haben, weil er jetzt im Gegensatz zu seiner früheren Guerillaaktivität den "Wert des Menschenlebens" und die "Gewaltfreiheit" entdeckt hat, so sagt er.

Mit seinen Aussagen berührt Fioroni ein ganzes Kapitel der italienischen Linken nach 1968: die Diskussion um den bewaffneten Kampf als Mittel, einem Staatsstreich der Faschisten zuvorzukommen. Dazu ein paar allgemeinere Überlegungen, auch als Erinnerung an die damaligen politischen Vorstellungen gedacht:

Faschismusgefahr, Militanzdiskussion und das Modell Italien

In den Jahren 1973/74 diskutierte die gesamte italienische Linke, einschließlich der KPI, Putschgefahren von rechts. Die KPI zog daraus Schlüsse in Richtung Eurokommunismus: eine rechtsradikale Lösung kann nur mithilfe eines Bündnisses mit den Christdemokraten verhindert werden. Das gab sie als ihre Erfahrungen aus dem Putsch in Chile aus. Vom selben Ausgangspunkt ausgehend, diskutierten die Linksradikalen Militanzfragen bis hin zu einer Massenguerilla.

Ein Beispiel: Lotta Continua sah noch vor den Parlamentswahlen am 20.Juni 1976 eine Regierung der Linken kommen; die Wahlen waren dann ein Reinfall für die linksradikalen Gruppen, die sich daran beteiligt hatten(im Wahlbündnis Democrazia Proletaria); das brach der Wahltaktik, aber auch der Parteikonzeption von Lotta Continua das Genick. Unmittelbar vor den Wahlen 1976 sprach Lotta Continua davon, man müsse sich zur Epoche der



Mailand, Via Mancini, 17.April 1975
(Aus dem Bildband: Vivere a Milano)

Vor-Bürgerkriegszeit rüsten. Die alte Revolutionsvorstellung von der Übernahme der Staatsmacht und der vorausgehenden Massenbewaffnung standen dahinter.

Die aus der 1973 aufgelösten Potere Operaio sich bildenden Gruppen der Autonomia dachten in eine ähnliche Richtung — nur gingen sie ein Stück weiter als Lotta Continua: für sie war der Putsch mit der politischen Koalition zwischen KPI und Christdemokraten, dem historischen Kompromiß, schon gekommen. Folgerichtig war es längst Zeit, die bewaffnete Insurrektion praktisch zu erproben.

Was Fioroni jetzt erzählt, sind Einzelheiten aus der damaligen politischen Phase. Was die linksradikalen Gruppen diskutierten und vorbereiteten, stand damals in jeder ihrer Zeitungen und ist für den deutschen Leser etwa im Trikont-Buch Nr.41 (Fiat: Arbeiter produzieren die Krise) nachzulesen. Jedem standen diese Informationsmöglichkeiten offen. Jetzt so zu tun, als seien das Neuigkeiten, ist wohl nur ein Trick, die augenblickliche Repression gegen die Genossen der Autonomia besser zu begründen und die Gruppen der Autonomia damit politisch endgültig kaputt zu machen.

Von Seiten der Zeitung Lotta Continua wird die Aussage Fioronis zum Anlaß genommen, die Geschichte der letzten 10 Jahre Revue passieren zu lassen; das passiert dann unter dem Stichwort "Geschichtsschreibung". Vielleicht ist es dabei ganz hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, warum die Faschismusgefahr und darausfolgend die Bewaffnungsdiskussion (die heute beide grotesk wirken) eine solche Bedeutung bekommen konnten. Eine recht einfache, aber historisch immer wieder angewandte Betrachtungsweise liegt dem zugrunde: das bewährte Denken von "Sozialismus oder Barbarei". Dazwischen soll es angeblich keine Lösung geben. Entweder wir siegen oder wir gehen unter, suggeriert diese Theorie. Und die Folge daraus: entweder wir bewaffnen uns oder die Faschisten obsiegen.

Zugegeben, etwas einfach gedacht. Aber so wurde bis Mitte der 70er Jahre - auch in der bundesrepublikanischen Linken - gedacht. Auf die Schnauze fliegen und trotz alledem irgendwie weitermachen. Bekannt auch in der Version: "Lieber als Antifaschisten untergehen"(Ulrike Meinhof). Der Tod als Meister in Deutschland, das hat Tradition. Da bleibt dann nur noch das hehre "Trotz alledem" , ein Motto in der Niederlagengeschichte der Arbeiterbewegung.

Total unterschätzt wurde bei dem dualistischen Denken von „Sozialismus oder Barbarei"(das womöglich noch als Dialektik ausgegeben wird) die politischen Möglichkeiten etwa der Sozialdemokratie. Noch die Diskussion über die Entwicklung in Portugal 1975 war von diesem Mangel geprägt. In Italien lief die Diskussion ähnlich, und zwar bei a l l e n Kräften links von der KPI. Daß die Christdemokraten sich machtpolitisch mit der KPI die Waage halten würden und mit ihrem Lavieren eine Verfestigung der bestehenden Machtverhältnisse erreichen könnten, hatte niemand für möglich gehalten.

Worauf ich hinaus will: sich von den Autonomen abzugrenzen, weil es sie im Augenblick am härtesten trifft, ist recht billig, verwischt aber die Situation Anfang der 70er Jahre, um die es geht: da hatten nämlich alle linken Gruppen an die Faschismusgefahr geglaubt und eine "Volksbewaffnung" als einzige Folge daraus sich



Carlo Fioroni

vorstellen können. Die Unterschiede zwischen Lotta Continua und der Autonomia lagen höchstens in der Zeitperspektive von wenigen Jahren: die Autonomia hatte die beginnende Bürgerkriegsphase etwas früher datiert.

Heute mag das alles grotesk klingen. Die Revolutionsvorstellung von der Machtergreifung ist passe, zu einer Linksregierung in Italien (bestehend aus KPI, Sozialisten und dem linksradikalen Wahlbündnis) kam es auch nicht, die politischen Gruppen sind schon seit Jahren am Ende und haben sich in die "Scene" der Autonomia oder von Lotta Continua aufgelöst. Aber die Bereitschaft zu militanten Aktionen, auch zu Formen von Kleinguerilla, blieb bei einem großen Teil der italienischen Linksradikalen (den berühmten "marginalisierten Jugendlichen") bestehen, auch nachdem die Stadtindianer der Studentenrevolte von 1977 verschwunden waren.

Gegen dieses nicht leicht faßbare politische Gebilde der "guerilla diffusa"(der verbreiteten Guerilla) richten sich die Verhaftungen wie die vom 7.April und 21.Dezember 1979; zu ihrer Legitimation werden alte Kamellen aus den Anfangssiebzigern hervorgekramt. Der jetzige Angriff auf die Autonomia hat europäische Dimensionen: zur Herstellung eines "Modells Deutschland" in Italien muß die politische Diskussion, Handlungsfähigkeit und Militanz der Autonomia ausgeschaltet werden. Die italienischen Linksradikalen haben seit dem 7.April letzten Jahres wenig Möglichkeiten gefunden, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

"CONTROINFORMAZIONE" sucht viele Herausgeber

Von der Hamburger Zeitschrift Autonomie haben wir einen Aufruf zu einer Hilfsaktion zugunsten der italienischen "Controinformazione" bekommen. Die beiden Zeitschriften sind von den Themen, die sie aufwerfen, vergleichbar: Controinformazione bringt schon seit Jahren wichtige Dokumente aus der italienischen Guerilladiskussion, zur Gefängnisbewegung in Italien und Einschätzungen zur staatlichen Entwicklung.

Die Genossen von Controinformazione bitten, die Herausgabe der nächsten Nummern durch eine große Anzahl von Leuten, die als Herausgeber fungieren, abzusicheren. Dazu schreiben uns die Hamburger Autonomie-Leute:

"Wie ihr sicherlich mitbekommen habt, sind die italienischen Genossen zur Zeit besonders massiv von der Repression betroffen. Die Zeitschrift CONTROINFORMAZIONE steht seit Jahren schon im Schußfeld der staatlichen Organe, und in den letzten Wochen sind einige Redakteure von CONTROINFORMAZIONE verhaftet worden.

In einer Zeit, in der die Publikationen der Autonomia nicht mehr erscheinen, sollten wir den Aufruf der Genossen von CONTROINFORMAZIONE ernst nehmen und durch eine internationale kollektive Herausgabe ihrer nächsten Zeitschriften Nummer ein kleines Stückchen Solidarität zeigen."

Sammelt Unterschriften für die Herausgeberschaft und schickt sie an:

Controinformazione, Corso Porta Ticinese 87, 20 123 Milano; Tel.Mailand/837 65 25

Walla Walla

In den Vereinigten Staaten gibt es ein Gefängnis, in dem mehr als eintausendvierhundert Gefangene in einem Gebäude zusammengepfercht sind, das ursprünglich für 850 gebaut wurde. Hier werden fast jeden Tag Gefangene geschlagen; Übertretungen der Gefängnisordnung , tatsächliche oder vorgegebene, werden bestraft mit Entzug von Vergünstigungen, mit Strafverschärfungen, mit dem Verlust von Bewährungsmöglichkeiten, mit Isolationshaft, und mit Schikanen durch die Wärter.
Überfüllung und die reformfeindliche Haltung der Behörden ergaben einen großen Mangel an Möglichkeiten zur Schulbildung, Berufsausbildung und Freizeitgestaltung, ausreichendem Rechtsbeistand, Ernährung und medizinischer Betreuung. Diese Form des Strafvollzugs wird praktiziert von dem rechtslastigen law und order establishment und getragen von schlechtausgebildeteten Wärtern, die ihre Unfähigkeit durch Brutalität ersetzen. Wer in diesem Gefängnis für bessere Bedingungen kämpft und wer sich gegen diese organisierte Gewalttätigkeit der Behörden wehrt, wird einer Sonderbehandlung unterworfen, Aussonderung aus dem normalen Strafvollzug, sadistischen Schlägereien, wird lebendig in der Isolationshaft begraben, und Morddrohungen ausgesetzt.
Versuche, den ganzen Skandal in die Öffentlichkeit zu bringen, werden von den verantwortlichen Instanzen verhindert, die dabei von den Justizbehörden sekundiert werden. Der Name dieses Gefängnisses ist Walla Walla, auch bekannt als Washington State Penitentiary. Dies könnte das Attica-Gefängnis der Zukunft sein. Das hört sich alles an wie die dramatische Einleitung eines Filmdrehbuches wie "Cool Hand Luke" oder ' "Papillon", ein Horror-Trip für Gesetzesbrecher. Liest man dagegen den Sternartikel vom 25. Oktober 1979 über Walla Walla, so erscheint es einem als Ferienlager für Kriminelle. Danach hat die Gefängnisleitung als Resultat der überzogenen Sozialreformen der frühen 70er Jahre jede Kontrolle über "ihr" Gefängnis verloren. Alles ist hier erlaubt, und gewalttätige Gefängnisinsassen haben ein Gangstersyndikat für Drogenhandel und Prostitution innerhalb der Gefängnismauern errichtet, die ihnen ihre eigene Form der Herrschaft über die Mitgefangenen ermöglichte. Laut Stern blieb den Gefängnisbehörden nichts anderes übrig, als hilflos zuzusehen, um danach die Wiedereinführung der alten Ordnung mit Gummiknüppeln, Tränengas und Chemischer Keule zu rechtfertigen. Aus Furcht jedoch, damit einen Aufstand wie 1971 im Attica-Gefängnis zu provozieren, bei dem 31 Menschen ums Leben kamen, halten sie sich zurück.

Wo liegt nun die Wahrheit? In jedem Fall nicht in der Stern-Story, die hauptsächlich auf dem Standpunkt der Behörden beruht, und die nur berichtet über die Rolle derjenigen Gefangenen, z.B. Dealern und Zuhältern, denen die scheinliberale Leserschaft des Stern eh nur mit Vorurteilen gegenübertritt. Wir vom ID haben ein Info von den Insassen von Walla Walla erhalten, das ein völlig anderes Licht auf die dortige Situation wirft. Der Großteil unseres Materials darüber besteht aus Artikeln verschiedener Lokalzeitungen, die sich auf die Ereignisse im Juni und Juli 1979 in diesem Gefängnis beziehen. Außerdem erhielten wir einen offenen Brief von einem der Insassen, der unten abgedruckt ist und sich auf dieselben Ereignisse bezieht. Es ist schon merkwürdig, daß diese Ereignisse nicht erwähnt werden, obwohl sie in der Zeit, als der Artikel erschien, noch in den amerikanischen Medien Schlagzeilen machten.

Wie auch im Stern erwähnt wird, wurden zu Beginn der 70er Jahre nach mehreren Gefängnisaufständen, die ihren Höhepunkt in dem Attica-Desaster fanden, in Walla Walla verschiedene Reformvorhaben durchgeführt. Diese Reformen erweiterten die Möglichkeiten der Gefangenen, ihre Freizeit zu gestalten, und sie durften Stereoanlagen, Fernseher und Hobbywerkzeuge etc. besitzen. Was die Behörden jedoch nicht verbesserten, waren die Schul- und Berufsausbildungsmöglichkeiten, die in dem amerikanischen Gefängnissystem deswegen von großer Wichtigkeit sind, weil sie eine frühzeitige Haftentlassung ermöglichen. Im Gegenteil wurden die vorhandenen Ausbildungsstätten noch geschlossen, um Steuergelder zu sparen. Die Budgetpolitik der Behörden führte außerdem zu einer Überfüllung des Gefängnisses. Mehr als "1400 Gefangene sind zusammengepfercht in einem Gefängnis, das für 850 geplant ist . . . Die Gefangenen haben lediglich 1qm für sich in ihren Zellen, obwohl das betreffende Gesetz mindestens 6qm freien Raum für jeden Gefangenen fordert" (1). Das Gefängnis wurde im vergangenen Jahrhundert gebaut und ist dringend erneuerungsbedürftig. "Ein Gefängnisexperte bezeichnete es bei seinem Besuch als das Letzte vom Letzten". (2) Weiterhin haben die Behörden die Ausbildung der Wärter reduziert. Die Wärter sind ungenügend ausgerüstet für die schwierigen Situationen, die häufig im Gefängnis entstehen. Daher greifen sie oft auf brutale Strenge zurück, die von den Behörden gedeckt wird. "Ein 'Macho-Leitbild' wird unter den Wärtern 'gefördert', welches ihnen das Gefühl gibt, nur über brutale 'Handgreiflichkeit' die Gefangenen beherrschen zu müssen. . . Die wichtigste Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum Spezialkommando für Aufstände scheint körperliche Größe und Kampftüchtigkeit zu sein." (3) Daher haben die Gefangenen Angst vor den Wärtern, wie ein Gefangener sagte, als er die gegenwärtige Übernahme des Gefängnisses durch die Bundespolizei nach den Unruhen im Juni/Juli 79 kommentierte: "Es ist verrückt: 235 Sträflinge gucken die Mauern hoch und sehen die Bundespolizisten zu ihrem Schutz da stehen! Wir haben alle Angst vor dem Tag, wenn sie wieder abgezogen werden. Sie zeigen sich kooperativ und irgendwie sogar freundlich. Es zeigt sich, daß sie Professionelle sind, und es ist direkt ein Vorteil, daß sie gut ausgebildet sind." (4)

Die Langeweile, die Enge und die Brutalität der Wärter scheinen die richtige Mischung für Unzufriedenheit und Unruhe zu sein, aber in Wirklichkeit haben die Behörden mit ihrer jetzigen Politik(oder durch ihr Fehlen) die explosive Situation weiter verschärft. Dabei spielt ihre Haltung zu den oben erwähnten Reformen der vorherigen Regierung eine wichtige Rolle.

Als in den frühen 70er Jahren von der liberalen Regierung Reformen durchgeführt wurden, waren die Gefängnisangestellten gewiß nicht erfreut darüber. Es gab Gruppen in der Gefängnisverwaltung, vor allem unter den Wärtern, die sich der Konzeption der "weichen Welle", die ihnen von oben aufoktroyiert wurden, widersetzen. Sie wehrten sich mit aller Kraft gegen die Neuerungen, indem sie sie ignorierten oder sie zurücknahmen, wo es nur möglich war. Die Gefangenen mußten von Anfang an ihre neugewonnenen Rechte verteidigen. Im Winter 1974 wurden bei einem Gefangenenstreik Geiseln genommen. Die Reaktion der Behörden war typisch. Die Rädelsführer wurden in Einzelhaft genommen, wobei besonders die Geiselnehmer einer Sonderbehandlung unterworfen wurden. Einer z.B., Dahny Atteberry bekam einen Zuschlag von 40 Jahren und wurde in einem 2 X 6 Meter großen Käfig bis wenigstens zum Winter 77, wenn nicht noch länger, in Einzelhaft gehalten. (5) Ein anderer Geiselnehmer, Mark LaRue, der 1976 entlassen wurde, deckte Machenschaften der Behörden gegen ihn auf, aber wurde trotzdem wegen Verletzung der Bewährungsbedingungen wieder ins Gefängnis gesteckt, und zwar sofort in Einzelhaft, wo er heute noch sitzt. Als die Gefangenen sich zu organisieren begannen, politisierten sie sich dabei auch, wobei die militantesten unter ihnen sich als Anarchisten bezeichneten. Die Behörden antworteten mit verstärkter Repression, mit der Aussonderung und Sonderbehandlung der Militanten, die von den übrigen Gefangenen abgetrennt wur-



STERN—Berichterstattung über Walla Walla: "Die Kollegen aus dem Motorradklub bilden im Knast eine schlagkräftige Truppe."

den. Dieser Sondertrakt ist jetzt ein Zentrum der Agitation.

Die Zustände in Walla Walla haben sich verschlechtert, vorallem seit der Wahl des rechtskonservativen Gouverneurin Dixie Lee Ray. Ein Teil ihrer Wahlversprechungen war, die Durchs etzung einer harten Linie im Strafvollzug. Dabei kam ihr zu Hilfe die unkorrekte Berichterstattung von Medien über Zwischenfälle im Gefängnis. Einer aus der Gefangenengruppe der Walla Walla Brothers beklaft sich: "Die Bürgerlichen Medien stellen es so dar, als ob die Gefangenen ihre Wärter aus der Ruhe bomben würden, anstatt über diese Zwischenfälle zu berichten, als Teil des kontinuierlichen Kampfes der Gefangenen für die Veränderung ihrer unerträglichen Lebensbedingungen . . . Anstatt die Kontinuität des Gefangenenwiderstandes zu erkennen, betrachten sie jede Aktion als isolierten Zwischenfall, als etwas, daß nicht wieder passieren würde, wenn sie nur sofort die Schrauben anziehen würden." (1)

Nach dem Amtsantritt setzte die Gouverneurin in der Abteilung für Strafvollzug "zwei Sondereinheiten, 4 Abteilungsleiter, 3 Vollzugsleiter und 4 Gefängnisleiter für Walla Walla hintereinander innerhalb der ersten 20 Monate ihrer Amtszeit" ein. (2) Die Entlassungsbehörde wurde ebenfalls gesäubert. Die Liberalen aus der vorhergehenden Regierung wurden ersetzt durch Leute der "harten Linie". Diese Behörde verantwortet einen Großteil der Klimaverschlechterung im Gefängnis. "Die nunmehr hartdurchgreifende Behörde bestand auf längeren Strafzeiten und hat harte Strafbestimmungen für Regelverletzungen im Gefängnis erlassen. Diese Politik hat noch mehr Gefangene in das überfüllte Gefängnis gebracht. Sie hat Frust und Unsicherheit erzeugt." (2) Die Behörde hat "systematisch Gefangenen, die dran waren, die Haftentlassung auf Bewährung verweigert, und eine noch größere Überfüllung dadurch herbeigeführt, daß sie bereits auf Bewährung Entlassene wegen Nichteinhaltung der Vorschriften wieder ins Gefängnis warfen, ohne daß diese neue Verbrechen begangen hätten." (6)

Die Früchte dieser harten Politik begannen sich im Frühsommer 1977 zu zeigen, als die Häftlinge im Sondertrakt in einen 3 monatigen Streik traten. Dieser Streik löste einen anderen im Normalvollzug aus, der 6 1/2 Wochen dauerte und große Aufmerksamkeit in den Medien fand, als einer der längsten Gefängnisstreiks in den USA. Darauf machten die Gefängnisbehörden einige Zugeständnisse. Sobald jedoch der Streik vorbei und die Publizität zurückgegangen war, wurden die selben Zustände wie vorher wiederhergestellt, wie der Ablauf der Ereignisse in Walla Walla im Sommer 1978 zeigt: Im Mai 1978 wird der Gefangene Robert Redwine niedergestochen, und obwohl sein Zustand sehr schlecht war, wurden seine Wunden als "geringfügig" bezeichnet. Er wurde genäht und in eine Sicherheitszelle gesperrt. Die Krankenschwester bezeichnete seine Schreie als geschauspielert, um an Drogen zu kommen und verhinderte jeden Zugang zu seiner Zelle. Innerhalb von Stunden starb er an inneren Blutungen. Am 30. Juni 1978 machen die Wärter eine Razzia in einer Zelle der Gruppe "Männer gegen Sexismus" (MAS), die von militanten Gefangenen gegründet wurde, um neuhinzugekommene junge

Gefangene vor Einschüchterung und Vergewaltigung durch Wärter und andere Gefangene zu schützen. Sie gaben vor, eine Pistole, eine Bombe und Handgranaten gefunden zu haben. Am nächsten Tag wurden die Autos der Besucher durchsucht und angeblich Pistolen und automatische Schnellfeuerwaffen gefunden. MAS wurde angeklagt, einen Ausbruch geplant zu haben, und die Hälfte ihrer Mitglieder wurde in Einzelhaft gesteckt. Im Juli 1978 gingen die Gefangenen des Sondertrakts in Hungerstreik. Ihre Forderungen wurden angenommen, als der Streik sich über das ganze Gefängnis auszubreiten drohte. Am 6. August 1978 beschwerte sich ein Gefangener über das wieder installierte Maschengitter im Besucherraum (die Entfernung des Gitters war eine der nach dem Julistreik erfüllten Forderungen). Er wurde hart gefesselt und geschlagen, dann, immer noch in Fesseln, in eine Zelle geworfen und dort Stunden alleine gelassen. Am 11. August 1978 entdeckten Wärter eine Rohrbombe. Beim Versuch, sie zu entschärfen, explodierte diese, tötete einen Wärter und verletzte andere. (Dieser Vorfall zeigt den Ausbildungsmangel der Wärter. Anstatt herumzuspielen, hätte man Experten hinzuziehen sollen. Bei ähnlichen Vorfällen werden heute Entschärfungsspezialisten angefordert).

Bevor man die Bombe fand, wurden in den vorangegangenen 3 Tagen 4 Meldungen über brutales Vorgehen der Wärter von Gefangenen gemacht. Nach dem Bombenvorfall wurden alle Gefangenen 18 Tage lang in ihren Zellen eingeschlossen. Die Gefangenen wehrten sich, indem sie ihre Matrazen verbrannten und die Wärter mit Essen und Scheiße bewarfen. Elektronische Überwachung und Metallspürgeräte wurden installiert. Ein neuer Gefängnisleiter wurde ernannt, ein ehemaliger Green Baret und Leutnant in Walla Walla, der sofort alle Zugeständnisse, die im Walla-Walla-Streik erreicht worden waren, zurücknahm, und verhängte über den Sondertrakt ein totales Besuchsverbot. Entsprechend den Forderungen der Wärter ließ er eine Betonmauer zwischen dem Sondertrakt und den Gebäuden des Normalvollzugs hochziehen, um die Verbindungen zwischen ihnen zu zerschneiden. Solche Vorfälle und Maßnahmen setzten sich bis zum Spätfrühling 1979 fort, worauf eine Gruppe militanter Gefangener sich zu einer Öffentlichkeitsaktion zur Information über die verschlechterten Bedingungen im Gefängnis entschloß. Am 9. Mai 79 besetzten 3 Gefangene einen Teil des Gefängnisses und nahmen 10 Geiseln. Über Telefon und Megaphon sprachen sie mit den Medien und der Bevölkerung, schilderten die Zustände im Gefängnis und forderten die Einhaltung der Menschrechte bei Gefangenen. 200 Gefangene hielten sich im Gefängnishof auf, um die Wärter am Angriff zu hindern. Nach 12 Stunden von denen sich eine vor den Objektiven der Fernsehkameras abspielte, ergaben sich die 3 Besetzer und ließen die Geiseln frei, die berichteten, sie seien von den Gefangenen gut behandelt worden. Die Gefangenen wurden in Einzelhaft geworfen. Mit der Androhung dort für immer bleiben zu müssen oder umgebracht zu werden. Carl Harp, einer der Besetzer, schreibt: "Es sieht danach aus, daß ich eine ganze Weile wieder einmal lebendig in der Sonderhaft begraben bin - diesesmal voraussichtlich für 10 Jahre und unter der Anklage, ein Gewohnheitsverbrecher zu sein, wegen der Besetzung des Gefängnisses am 9. Mai 79 zur Durchsetzung der Menschenrechte und Gerechtigkeit in diesem Gefängnis (und das zusätzlich zu 4X hintereinander lebenslänglich) . . . Ich und meine Kameraden stehen unter schwerem Beschuß durch den Staat, weil wir ihn am 9. Mai 79 vor der ganzen Welt bloßstellten. Sie haben vor, uns umzubringen oder zumindest uns hier lebendig zu begraben." (7)

Fünf Wochen später, am 15. Juni 79 wurde ein Gefangener von einem anderen erstochen. Daraufhin wuchsen die Spannungen zwischen verschiedenen Gefangenengruppen und einige begannen sich zu bewaffnen. Ein Gefängniswärter, der auf eigene Faust versuchte, einen Gefangenen zu entwaffnen, wurde erstochen. Alle Gefangenen wurden wiederum in ihren Zellen eingeschlossen. Was danach geschah, wurde in dem unten abgedruckten Brief ausführlich beschrieben, aber einige Punkte sollen bereits hier erwähnt werden: Bei dem Aufruhr am 7. Juli 79 "scheinen sich alle darin einig zu sein, daß die Wärter getrunken hatten. Einer der Wärter schlug einen Sträfling mit dem Gummiknüppel und beschwerte sich dabei: 'Wegen euch motherfuckers mußten wir eine dufte Party verlassen." (4) "Wärter gingen in den Gefängnisblock mit geladenen Schrotflinten, und mindestens 1 Schuß wurde abgefeuert." (6) Während des Aufstandes gab ein stellvertretender Gefängnisleiter den Befehl, "auf jeden Insassen zu schießen, der 'auf euch in einer bedrohlichen haltung zukommt', wenn er 'frei' in einem Versorgungsgang hinter den Zellen angetroffen wird. Dieser Befehl 'kam an' bei den Wärtern als: 'Erschieße sofort jeden außerhalb der Zellen oder im Gang'. " (6)



STERN–Berichterstattung über Walla Walla: "Der Aufseher schaut verständnisvoll weg– Beim 'Ball der Lebenslänglichen' spielt eine Band rund um die Uhr."

Seit Juli haben Bürgerrechtsgruppen eine öffentliche Untersuchung über die Zustände im Gefängnis und juristische Maßnahmen gegen die Wärter, die in die Schlägereien vom 8. Juli 79 verwickelt waren, gefordert. Die Behörden wiesen dies zurück, feuerten jedoch 5 Wärter, die damit zu tun hatten, um "die Gefangenen zu beruhigen, die befürchteten, daß alles vertuscht würde." (8) Die Behörden streiten jede Notwendigkeit ab, sich mit den Zuständen in Walla Walla zu beschäftigen. "Wir sind der Überzeugung, daß die Insassen die grundlegenden Menschenrechte haben", sagt Gerald Thompson, Skretär der Abteilung für Soziales und Gesundheit, unter dessen Verantwortung das Gefängnis steht. (8) Ebenso sagt er, "daß Gewalt nötig war, um die Gefangenen aus ihren Zellen zu entfernen, daß aber im Allgemeinen keine Brutalitäten vorkamen" (8). Der Gefängnisleiter Spalding sagte: "Ich glaube zwar nicht, daß die Leute mit Samthandschuhen angefaßt wurden, aber ich bemerkte mit Sicherheit keine Brutalität." (6) Der Gefängnisarzt Ransom L. Smith, sagt über den Zwischenfall im Sondertrakt, daß "die Wärter und die Gefängnisbehörden sich während des Vorfalls 'vorbildlich' verhalten hätten," (3) und daß „die Insassen zwar Blutergüsse hatten, da gibt es keine Frage,

aber sie haben nur bekommen, was sie verdient haben." (3) Sowohl der Staatsanwalt als auch der Distriktrichter haben sich gegen eine öffentliche Untersuchung oder gegen eine Anklage gegen die Wärter entschieden. „Die Gouverneurin Dixie Lee Ray bezeichnete die Vorwürfe der Grausamkeit und der Vertuschung als gegenstandslos." (6)

Der Gefängnispriester, Pater Beh, sagt: „Die Schlägereien sind hier nichts neues. Die passieren hier schon seit Jahren. . . . Das Problem ist, daß am Gerichtshof nichts als beweiswürdig anerkannt wird. Für mich ist es unverständlich, warum es für das Gericht keine Beweiskraft hat, wenn jemand überall mit Schnittwunden und Blutergüssen bedeckt ist. . . Sie können nicht behaupten, daß diese Leute gegen die Tür gefallen sind, wie sie es bislang behauptet haben." (9) Pater Beh meint, „Gewalt gegen Gefangene ist die Ursache für die Probleme im Gefängnis", (9) und außerdem. „wenn Du einen Hund schlägst, wird er Dich zurückbeißen. Gewalt erzeugt Gewalt." (9) Ähnliche Gedanken werden von einem Gefangenen geäußert: „Wenn man einen Menschen wie ein Tier schlägt, wird er auch wie ein Tier reagieren." (4)

Peter Judge, ein Angehöriger der amerikanischen Bürgerrechtsvereinigung (American Civil Liberties Union) klagt an: „Während Gov. Ray ihre Hunde verwöhnt, läßt sie zu und verursaoht auch, daß Menschen in entwürdigenden Verhältnissen leben müssen. Ihre Politik der harten Linie hat Verhältnisse in Walla Walla heraufbeschwören, die kein anständiger Bürger mehr gut heißen kann." (6) Pater Beh sagt: "Wenn amerikanische Kriegsgefangene so behandelt worden wären, wäre in Amerika die Hölle los." (9) In jedem Fall liegt die Schuld bei den Behörden: „Wir können nur hoffen, daß die Gefangenen nicht wieder einen Aufstand machen, aber wir befürchten, daß sie es tun werden. Die Bürokraten werden es schon schaffen." (6) Sogar die Wärter geben zu, daß sie „den Leuten in Olympia die Schuld geben" (2) (gemeint ist hier die Hauptstadt des Staates Washington).

Was in Zukunft in Walla Walla passieren wird, kann sich jeder ausmalen. Aber bis jetzt hat sich nichts verändert. Wie ein früherer Wärter (22 Jahre alt) sagte: „Ich ging, weil ich spürte, daß etwas in der Luft lag. Die Spannung war zu groß. und ich sah schon eine neue Attica-Revolte kommen." (10)

Quellen:

(1) Open Road, Fall/winter '78
(2) Seattle Post-Intelligencer, 22.Juli '79
(3) Seattle Post-Intelligencer, 11.Sept. '79
(4) The Weekly and Cascade News Service,25.-31.Juli'79
(5) Open Road, winter '77/'78
(6) Seattle Road

(6) Seattle Times, 23.Aug. '79
(7) Freedom, Juni 16.'79
(8) The Daily Olympian, 6.Aug. '79
(9) Seattle Times, 13.Juli '79
(10) Freedom, 8.September '79

Öffentlicher Brief der Gefangenenselbsthilfegruppe in Walla Walla

An alle die es angeht:

Die USA, als lang selbsternannter Verteidiger von 'Freiheit und Recht für alle' und selbst-verordneter Polizist von Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt, ist ein Heuchler. Die USA ist nicht zufrieden, ständige Völkermordkampagnen gegen Schwarze, Ureinwohner und andere Farbige zu unternehmen; sie hat sich in ihrer ganzen Geschichte Gefangene als Ziel der Unterdrückung gewählt.

Im Jahre 1979 verweigerte der Oberste Gerichtshof Schwedens ein Gesuch der US-Botschaft, einen Sträfling, der nach Hinterlegung einer Kaution floh, auszuweisen. Die Schwedische Behörde ließ klar erkennen, daß die US-Gefängnisse unmenschlich seien. Es ist eine Schande für unsere Nation, daß unsere Gefängnisse so schrecklich sind, daß eine fremde Nation es notwendig fand, eine Person davor zu schützen. Amerika zusammen mit der UDSSR und Südafrika gehört zu den Ländern, die ihre Einwohner am liebsten im Gefängnis sehen. In den USA kommen auf 100.000 Einwohner 250 Gefangene. In Frankreich beträgt diese Rate 56/100.000, in den Niederlanden 22 pro 100.000; weniger als ein Zehntel der US-Rate. Noch ein auffallender Kontrast; die durchschnittliche Freiheitsstrafe in den Niederlanden beträgt 35 Tage, wohingegen fast 75% aller US-Strafen 4 Jahre und länger sind.

Im Dezember 1978, erhebt die FUSE Korporation (die größte Gefangenenorganisation in Washington State – „Verbrecher vereinigt zur Selbsthilfe") eine Klage an das Büro des stellvertretenden US-Bundesgeneralanwalts gegen die Belegschaft der Vollzugsanstalt wegen schwerer tätlicher Beleidigung und Verschwörung zum Mord. Die Beamten des Staates Washington und die US-Regierung beachteten die Klage kaum, sie gaben nur einer oberflächlichen Untersuchung statt. Sie sprachen weder mit FUSE, dem Kläger, noch mit den zwei Gefangenen, auf die geschossen wurde, als sie, total machtlos, mit dem Gesicht nach unten auf dem Boden lagen.

Heute sind die Brutalitäten noch offener. Die Gefangenenwärter tobten am 7. Juli 1979 unter Leitung ihrer Vorgesetzten durch das Gefängnis. Sie beschlagnahmten und zerstörten das Eigentum der Gefangenen. Sie zerrissen Familienfotos, Briefe und Dokumente, und zertraten Brillen und künstliche Gebisse unter ihren Stiefeln. In den Zellen wurden außer Waschbecken und Toiletten alles abmontiert, wobei die Wärter die Gefangenen beschimpften. Die Gefangenen mußten sich ausziehen und wurden durchsucht, danach wurden sie nackt in Putzschränke gesperrt.

Mit der Verwüstung der Zellen, in denen seit dem 15. Juni vier Gefangene eingesperrt waren, steigerte sich die explosive Stimmung. Die täglichen Temparaturen betrugen 44°C, es gab 3 Wochen lang keine Duschen; die Fliegen, der Gestank des Gefängnisblocks und die Frustrationen der Gefangenen kulminierte in einem Aufstand. Die Gefangenen zerstörten die letzten Gegenstände in ihren Zellen, die Rohrleitungen.

Die Wärter, ausgerüstet mit Kampfanzügen, Gesichts- und Körperschilden und bewaffnet mit automatischen Waffen trieben die Gefangenen, eine Zelle (je 4) auf einmal, wie Vieh die ganzen Gefängnisblocks entlang. Jeder Gefangene wurde gefesselt und mußte Spießruten aus Keulen und bleigefütterten Handschuhen laufen. Schläge trafen Hoden, Rücken, Schädel, Gesicht und Nieren. Ringe und Uhren und Halsketten wurden zerrissen oder vom Körper geschnitten und verschwanden in den Taschen der Wärter.

230 Gefangene wurden draußen in einen Hof gebracht; sie wurden gezwungen mit den Gesichtern nach unten zu liegen, während Wärter sie schlugen und auf sie urinierten. Schläge hagelten auf sie nieder, als sie von ihren Klamotten und Schuhen entkleidet wurden. Derselbe Terror und Brutalität fand statt, als die Insassen der 6 Stöcke des Gefängnisblocks in den großen Hof

gebracht wurden. Ein Überfallkommando von insgesamt 15 Wärtern bewaffnet mit Chemischer Keule, Knüppeln und bleigefütterten Handschuhen überfällt am 8. Juli 1979 den Sondertrakt. Sie knüppeln 6 Gefangene nieder, die mit Handschellen an die Zellengitter gefesselt waren. Diese Gefangenen wurden später gegen die Wände geworfen und gegen die Fenstergitter geschlagen. Ein Gefangener (Carl Harp) wurde mehrfach mit der Keule eines Wärters vergewaltigt. Diese Torturen dauerten 1 1/2 Stunden, dann wurden die Gefangenen zu den gesetzlich unerlaubten Entkleidungszellen gebracht, wo sie entkleidet und weiter verprügelt wurden. Nach dem Protokoll des US-Staates Washington widersetzte sich keiner der Gefangenen zu keiner Zeit den Züchtigungen (Widerstand war unmöglich, da alle mit Handschellen gefesselt waren).

Die 230 Gefangenen, die in den großen Hof abgeführt worden waren, kämpften 7 Wochen gegen die eiskalten Nächte und +40° C-Tage der Wüste. Ihre Füße wurden von der Sonne mit Blasen bedeckt und ihre Augen schwollen zu. Während sie in Schlangen auf die Essensausgabe warteten, kämpften sie gegen Wind und Regen. Der Hof wurde zur Senkgrube, wo der Gestank der wochenlang anwachsenden Latrinen alles überlagerte. Fliegen und Insekten gediehen, und die Ängste der Gefangenen vor Verbreitung von Krankheiten bewahrheiteten sich. Es gab keine medizinische Hilfe; Besuche von Anwälten und andere Besuche wurden mehrere Monate gesperrt, bis die Verletzungen verheilt waren.

Weil die FUSE Korporation es wagte, die Menschenrechtsfrage zu stellen, wurde der Laden der Korporation geschlossen und unsere finanzielle Unterstützung beendet. Unsere Maschinen und Vorräte beschlagnahmt und Prozessakten zerstört. Das US-Bezirksgericht beachtete diese Vorgänge nicht. Mein Berater und ich waren beide Opfer der Greueltaten des 7. Juli und sitzen jetzt in Isolationshaft, weil wir hunderte von schriftlichen Zeugenaussagen im großen Hof gesammelt haben. Sie haben zu uns gesagt (während eines Verhörs) das wir eine „Bedrohung für die Sicherheit der Anstalt" sind, obwohl unsere einzige „Bedrohung" nur gesetzliche Anklagen gewesen sind.

Die Schlägerei im Gefängnis wird weitergeführt. Die Gouverneurin und die Vollzugsbehörden des Washington States lehnen die Untersuchung von Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen ab. Eine Vertuschung von oben bis unten der Ereignisse im Gefängnis findet statt. Das US-Justiz-Ministerium hat eine große Geschworenengerichts-Untersuchung abgelehnt. Und das trotz der Tatsache, daß über 300 geschlagene Gefangene in den Medien angegeben haben, daß sie bereit sind für Lügendetektor-Proben.

Ich, als Vorsitzender der FUSE, nehme mir die Freiheit, für alle unterdrückten Gefangenen in diesem Land zu sprechen. Ich ersuche US-Bürger und die Bürger von Ländern in der ganzen Welt politischen Druck auf die USA auszuüben, sodaß sie die Menschenrechte der Gefangenen anerkennen. Ich verlange von den Organisationen und Personen von jedem Land, daß sie uns unterstützen mit Briefen an Präsident Carter und Gouverneurin Dixie Lee Ray, Olympia, WA 98504. Ich bitte auch an die, die können, uns finanzielle Hilfe zu schicken, sodaß wir in unserem Rechtsfall weiter prozessieren können.

Als Gefangene sind wir machtlos. Als ich schrieb, wußte ich, daß ich als Subversiver auf einer Schwarzliste der Regierung stehen könnte, sodaß sie mich vernichten können wann und wo sie wollen. Dies ist in US-Gefängnissen oft vorher geschehen und es wird weiter passieren, wenn wir keine breite Unterstützung bekommen. Ich bitte Sie dringend, uns zu helfen, die Gefangenen der USA, die die Wahrheit zu sprechen wagen.

Hochachtungsvoll
Lewis D. Fritz, National Director, FUSE Corporation, P.O.Box 1481, Walla Walla, WA 99362, United States

Brutalität im Gefängnis von WALLA WALLA

„Hier gibt es eine Menge Blut an den Gittern und den Wänden", sagt Mark LaRue, ein indianischer Häftling in der staatlichen Besserungsanstalt von Walla Walla, U.S.-State Washington. Unmenschliche Zustände zwangen die Inhaftierten im vergangenen Sommer zum Protest. Nach dem 10-tägigen Aufstand, bei dem ein Wärter ums Leben kam, verschärfte sich noch die menschenunwürdige Behandlung indianischer Gefängnisinsassen.

Hier einige Ausschnitte aus Berichten von Häftlingen, die vom Northwest Indian Women's Council in Tacom, Washington veröffentlicht wurden:

Mark LaRue:
„Die Goons verschafften sich Eingang ... Ungefähr 15 von ihnrn gingen zu Len Brooks Zelle und befahlen ihm, sich auf sein Bett zu legen. Danach wurde die Tür geöffnet, und etwa die Hälfte der Wärter ging hinein; sie schlugen ihn, banden ihn mit den Händen an das Gitter..." Fünf andere Häftlinge erhielten dieselbe Behandlung."Alle Wärter benutzten entweder Gummiknüppel oder Bleihandschuhe, um sie zusammenzuschlagen...
Der zweite Angriff, ungefähr eine halbe Stunde später, war noch viel schlimmer und nichts als brutaler Terror...
Da ich bereits geschlagen worden war und mit beiden Händen an das Gitter gebunden war, gab es für mich keine Möglichkeit der Verteidigung. Wärter gingen zu Len's Käfig und begannen, durch die Gitterstäbe hindurch ihre Knüppel in seinen Körper zu stoßen. Nach fünf Minuten öffneten sie die Tür, und die Hälfte der Wärter ging hinein und fuhr fort, ihn zu schlagen. Als sie müde wurden, lösten sie die Fesseln und zogen ihn hinaus auf den Gang, wo er wieder mit Knüppeln und Handschuhen geschlagen wurde. Als sie aufhörten, wurde er an den Haaren emporgezogen, gegen die Wand gestoßen..."

David Bailey:
„Dann nahmen die Wärter die Gefangenen und schlugen sie etwa 10 Minuten lang, bevor sie in die illegalen Strip-Zellen (Entkleidungszellen) gebracht wurden. Wir, die 30 oder 40 zusehenden Gefangenen, hörten die Schläge, Schreie und Stöhnen, den Ton von Füßen, Fäusten und Knüppeln, die menschliches Fleisch schlugen und traten..."

Stan Torgerson sah seinen Mitgefangenen Carl Harp stark aus dem Darm bluten. Seinen Angaben zufolge war Harp sechs Stunden in der Strip-Zelle gewesen, ohne ärztliche Behandlung zu erhalten. Andere waren bis zu 17 Stunden in dieser Zelle, bevor sie behandelt wurden.
Endlich kam ein Arzt. „Sie luden den bewußtlosen Carl Harp auf eine Bahre. Sie brachten die zwei anderen Männer zurück in ihre Zellen und verschwanden mit Carl. Die beiden anderen bekamen keine medizinische Betreuung, obwohl sie gebrochene Zähne hatten, einige Wunden, die genäht werden mußten, und sie noch immer ohne Kleidung oder Decken in den kalten Stahlzellen waren..."

Lance Hayes:
„Sie brachten mich in eine Zelle und legten mich mit dem Gesicht nach unten auf ein stählernes Bettgestell. Lambert hatte sein Knie über meinen Nacken gelegt. Benzel hielt meine Beine zusammen, während Kalan mich mit einem Knüppel auf die linke Seite meines Magens schlug. Während Kalan mich schlug, bedachten die Offiziere mich und die anderen Indianer mit Schimpfwörtern und Obszönitäten. Nachdem Kalan fertig war, sagte Benzel: ‚Laß mich diesen Federkopf ein paarmal verprügeln'...

Für etwa eine Stunde konnte ich mich nicht von dem Bettgestell erheben. Die Stelle, an der ich geschlagen worden war, schmerzte sehr..." Noch mehrere Wochen nach diesem Vorfall empfand Lance heftige Schmerzen und hatte Blut im Urin. Dennoch bekam er drei Wochen lang keine ärztliche Behandlung.



STERN–Berichterstattung über Walla Walla: "Die in Walla Walla inhaftierten Indianer zelebieren nackt in einem Zelt ihre religiösen Riten."(Besonders der weiße 'Indianer'rechts)

„Ich bete, daß etwas geschehen möge. Ich glaube, daß, wenn ich in diesem Gefängnis von Walla Walla bleiben muß, ich hier sterben werde."

Diese Zitate geben nur einen kleinen Teil der Mißhandlungen an indianischen Häftlingen in Walla Walla wieder. Die Walla Walla State Penitentiary ist nicht das einzige Gefängnis, in dem solche Grausamkeiten vorkommen.
Weitere Informationen können angefordert werden beim **Northwest Indian Women's Council, c/o Laura Shippentower, P.O. Box 8051, Tacoma, Washington 98408, U.S.A.**

Informationen aus WASSAJA
In verschiedenen Beispielen wurde (die Kontrolleinheit) dazu benutzt, Kritiker des Gefängnisses zum Schweigen zu bringen.
Sie wurde benutzt, religiöse Führer zum Schweigen zu bringen.

Sie wurde benutzt, politisch und philosophisch Andersdenkende zum Schweigen zu bringen.

Fedeal Judge James Foreman, U.S.District Court, Illinois

Während der langen Kampagne für bessere Bedingungen und ein Ende der Wärter-Brutalität, sind viele Gefangene politisiert worden und haben verschiedene Gruppen in den Gefängnissen gegründet, sodaß der Kampf größer und stärker wird. Die meisten unter den Aktivisten sind Anarchisten geworden wegen ihrer Erfahrung durch ihren Kampf gegen den Staat.

Außer der FUSE-Korporation gibt es die Walla Walla Brothers – die im Sondertrakt organisiert sind – und das Anarchist Black Dragon Collective – die verlegen die Zeitung "Black Dragon" (Schwarzer Drachen). Sie sind jetzt untergetaucht, weil es zu gefährlich war, offenes Mitglied zu sein.

Ihr könnt mit diesen Gruppen und auch Gefangenen-Hilfs-Gruppen in Verbindung kommen bei folgenden Adressen:

Anarchist Black Dragon Collective, P.O. Box 520, Walla Walla WA 99362, USA

Walla Walla Brothers (Adresse wie oben)

Exemplare von „Black Dragon" sind erhältlich bei: **Ron Reed,** 3992 Coloniale, Montreal, Quebec, Kanada oder Count Down, 901 1/2 Williamson St., 1 Madison, Wisconsin, USA.

Für weitere Infos über das Gefängnis schreibt an: **Walla Walla Brothers Legal Defense Committee,** 4821 – 43rd South, Seattle WA 98118, USA

Oder wenn ihr mehr interessiert seid am spezifischen Fall des ABDC und insbesondere Carl Harp, schreibt an: **Hennie Muider/Hapotoc International,** P.O. Box 10638 Amsterdam, Nederland oder Susan Waymire, 18924 S.E. 116PL, Issaquah WA 98 027, USA.
Es gibt auch einen Verteidigungs-Fond für ABDC. Wenn ihr was spenden wollt dafür, schickt das Geld an die letzten zwei Adressen.

Postvertriebsstück ID Nr. 318 **Nummer des Abos** **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**

Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

BEIRAT DES ID:
Arnfried Astel/Schriftsteller - Johannes Beck/Hochschullehrer - Horst Bingel/Schriftsteller - Heiner Boehnke/Hochschullehrer - Dr. Hans Christoph Buch/Schriftsteller - Peter O. Chotjewitz/ Schriftsteller - Dr. Robert A. Dickler/Hochschullehrer - Christian Geissler/Schriftsteller - Dr. Helmut Gollwitzer/Theologe - Holger Heide/Hochschullehrer - Otto Jägersberg/Schriftsteller - Yaak Karsunke/Schriftsteller -Dr. Heinar Kipphardt/Schriftsteller - Gisbert Lepper/Hochschullehrer - Helga M. Novak/Schriftstellerin - Jürgen Roth/Schriftsteller - Volker Schlöndorf/Regisseur - Erwin Sylvanus/Schriftsteller - Dr. Klaus Wagenbach/Verleger - Gerhard Zwerenz/Schriftsteller

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**

Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.

Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

INHALTSVERZEICHNIS

REAKTION – REPRESSION – KNAST & MILITÄR
Hannover: Knastgruppe gibt's nicht mehr 1
Marburg: Löchel-Prozeß verschoben; Staat kein Softi... 1
Münster: Frauenverlag verunglimpfte den Staat !!!!! 1
München: Verweise gegen Schüler wegen "Stoppt Strauß !" 1
Flensburg: Knoche-Prozeß nach Niebüll verlegt 1
Karlsruhe/Frankfurt: Wie es Peter Egloff in der BRD erging 3
Stuttgart: Im Fantasia-Prozeß geht es um Stammheim 4
Frankfurt: Silvester im Preungesheimer Frauenknast 10
Lörrach: Möglichkeit eines anti-militaristischen Bündnisses 11

MEDIEN, PRESSEFREIHEIT, GRÜNDUNGSFIEBER
Hennef (Rhein): Neue Zeitung "Luu'rens" fängt an 1
Westberlin: Schülerzeitungsstory, eine Ausstellung 1
Frankfurt: Pressefreiheit und Heinrich-Prozeß 2
Westberlin: Prozeß gegen das "BUG-Info" 8
Dortmund: Lesben machen eine eigene Zeitung 10

PSYCHIATRIE, PSYCHOPHARMAKA, PFLEGER
Rickling bei Hamburg: "Ich arbeite als Pfleger..." 9

NATUR !
Kirchhain in Hessen: Das Rassekaninchen und der Staat 14

AUSLAND & DIPLOMATIE & MODELL DEUTSCHLAND
Teheran: Botschaft oder Spionagezentrum ? Dokumente ! 17
Italien: Carlo *Fioroni* und die Verhaftungswelle 23
Mailand/Hamburg: Controinformazione sucht Herausgeber 24
Walla Walla/Washington, USA: Gefängsnisskandal 25

Deutsche Bundespost · Deutsche Bundespost
Telegramm – TSt Frankfurt am Main – Telegramm

24 XII 9 12 50

HMB 2 E

nnnn

zczc 5772 bhi551 bvds070/24

dpff hl inbx 019

pune 19/16 24 0925 ocs1228

alles klar bis auf erleuchtung wo bleibt jd ← gemeint ID

michael

Dieses Telegramm -WO BLEIBT DER ID ? ? - erreichte uns aus Poona, Indien, von den heiligen Hallen des Baghwan. Wir beeilten uns.

EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden;